

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Mit Essen spielt man nicht Wir haben es satt!



Zukunftslandwirtschaft

Am 21. Januar treffen sich Bauern, Verbraucher, Umwelt- und Tierschützer in Berlin zur Demo. Auf geht's für eine bäuerliche Landwirtschaft. Über die 2. Säule, Leguminosen und einen kämpferischen Kommentator auf den Seiten 2 und 12, 14

Agrarpolitik

In fast jedem Hähnchen stecken Antibiotika, der internationale Agrarhandel agiert nach den Regeln der Konzerne und der Bauernverband wettet gegen das Greening in der EU-Agrarpolitik. Es bleibt noch viel zu tun auf den Seiten 3, 4 und 13

Bewegung

Betonpyramiden auf Castorgleisen, Betonköpfe in der Politik, die Gentechnik gegen die Mehrheit der Menschen salonfähig machen wollen, und eine bäuerliche Familie in Thüringen, die die Vielfalt lebt und kultiviert auf den Seiten 16, 18 und 20

Die Seite 3

Ein krankes System 3

Agrarpolitik

Konzerne profitieren 4

Bund ignoriert Ergebnisse der Sozialwahlen 2011. 5

Wer folgt auf Sonnleitner? 6

Milch

„Butterberge vermeiden, statt sie zu verramschen“ 7

Bewegung

Viva la Via Campesina! 8

Schubkarren nach Berlin. 17

„Keine Sache von vier Helden“ 18

Markt

Spitzenjahr mit Zukunftssorgen. 10

Wo ist der Bio-Skandal? 11

Schwerpunkt

Weniger EU-Geld für Agrarumwelt 12

Von Landfressern und bürokratischen Monstern 13

Stickstoff - aus der Luft gegriffen 14

Nachbau

Bundesregierung lobbyiert für Pflanzenzüchter. 15

Europas Justitia erneut gefragt 15

Gentechnik

„Vollständiger Schutz unwahrscheinlich“ 16

Landleben

Eine Insel der Vielfalt 20

Weitere Themen

**Zu Besuch bei Martin Schulz und Monika Tietke, Seite 9;
Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen und Leserbrief Seite, 21;
Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Der Januar steht vor der Tür, dabei ist das Jahr 2011 mit vielen Ereignissen und Aussagen in und um die Landwirtschaft noch sehr lebendig vor Augen. Was mit dem Dioxinskandal in Mischfuttermitteln startete, erreichte jetzt seinen Höhepunkt mit den Erhebungen über den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung. Die Intensivtierhaltung sucht nach Erklärungen und Rechtfertigungen, um das in der Geflügel- und Schweinehaltung eingeführte Prinzip der Massenproduktion zum möglichst niedrigen Preis zu retten. Der Markt und die Verbraucher müssen wie immer herhalten, um die fragwürdigen Methoden zu rechtfertigen, die eine Haltung von bis vor kurzem noch unvorstellbaren Mengen an Tieren auf engstem Raum wohl erst möglich machen. Die immergleiche Abwehrstrategie der einschlägigen Verbände bietet den Bauern keine Perspektive, sie führt nur noch weiter ins gesellschaftliche Abseits und in Scheinsicherheits-Bürokratie. Wir kommen nicht umhin, das strukturelle Wachstum auch grundsätzlich zu hinterfragen.

Sicher, viele Betriebe sind in Dimensionen gewachsen, die ein Umsteuern erschweren. Aber in welche Richtung wir umdenken müssen, zeigen uns täglich exemplarisch die NEULAND-Bauern und die weiter wachsende Zahl an Höfen mit biologischer Tierhaltung. Die umfassende gesellschaftliche Qualität der Erzeugnisse steht an erster Stelle und setzt auch den Größenordnungen Grenzen. Das Verteidigen der Mengenproduktion dagegen sichert in erster Linie den umsatzorientierten vor- und nachgelagerten Bereichen ihren Gewinn, auf Kosten von Bauern und Gesellschaft.



Kommentar

Auf geht's

Deshalb ist es umso wichtiger, weiter bei allen politisch Verantwortlichen eine agrarpolitische Ausrichtung einzufordern, die in erster Linie möglichst vielen bäuerlichen Betrieben die Existenz ermöglicht. Sie sind die Grundlage für eine große Vielfalt im ländlichen Raum, auf unseren Äckern und den in verschiedenster Weise genutzten Wiesen. Wer sich viele Höfe anschaut wird

schnell erkennen, dass keiner dem anderen gleicht, denn jede Familie bewirtschaftet ihren Betrieb nach den persönlichen Vorstellungen und Neigungen.

Dies ist es auch, was die Bauernfamilien und die Menschen, die sich im Naturschutz engagieren, zusammenbringt. Vielfalt erhalten sowie von und mit der Vielfalt in der Natur leben – das ist eine gemeinsame Zielrichtung, die es wieder ganz nach vorn zu bringen gilt. Tiere halten in Größenordnungen, die deren natürliches Verhalten auch im sozialen Bereich berücksichtigt, findet die Anerkennung derer, die sich für den Tiererschutz einsetzen. Und es gibt noch viel mehr, was die Menschen als Erzeuger und Konsumenten von gesunden Lebensmitteln verbindet.

Jetzt ist es Zeit, dies auch öffentlich wieder laut und deutlich kund zu tun. Denn es stehen wichtige Weichenstellungen in der Agrarpolitik auf der Tagesordnung: Neben den Bestimmungen für die Tierhaltung ist das vor allem die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik. Hier entscheidet sich, ob der Weg, der uns bisher ins Abseits geführt hat, fortgesetzt und sogar noch beschleunigt wird oder ob wir einen Konsens der Zukunftsfähigkeit mit der breiten Bevölkerung anstreben.

Die Kampagne ‚Meine Landwirtschaft‘ hat 2011 mit vielen Veranstaltungen und dem Projekt ‚Bauer hält Hof‘ bereits verschiedenste Menschen zusammengeführt und ihnen die aktuelle Diskussion um die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik direkt auf den Höfen nahe gebracht. Wir haben die Chance, die europäischen Rahmenbedingungen nachhaltiger, ökologischer und sozialer zu gestalten. Wir haben die Chance, die Steuergelder an landwirtschaftliche und ökologische Grundtugenden zu koppeln und die Marktregeln wenigstens auf elementare Rechte wie Fairness und Kooperationen zu verpflichten – sowohl im Binnenmarkt als auch im internationalen Zusammenhang.

Die Vorschläge des EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos für die Agrarreform 2014 bleiben hinter den Notwendigkeiten zwar noch weit zurück. Aber sie bieten immerhin wichtige Instrumente, um in diese neue Wegweisung einzusteigen und die zerstörerische Politik des ‚Wachsen oder Weichen‘ endlich abzulösen.

Die Chancen sind greifbar, es liegt an uns, sie jetzt auch anzupacken. Dazu braucht es öffentlichen Druck. Deshalb: Auf geht's..., wieder gemeinsam mit anderen Fürsprechern einer zukunftsorientierten Landwirtschaft nach Berlin zur Demonstration am 21. Januar 2012. WIR HABEN ES SATT! Bauernhöfe statt Agrarindustrie.

Bernd Schmitz

Stellvertretender AbL-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender in NRW

Impressum **b** unabhängige bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung:
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;
Postvertriebsstück 1 K 12858E

Ein krankes System

Ohne Antibiotika ist industrielle Tierhaltung nicht möglich. Dies jedenfalls legt deren standardmäßiger Einsatz nahe

Immer wieder wird vor multiresistenten Keimen gewarnt. Es gibt Berichte aus Intensivmast-Regionen, in denen Tierhalter, wenn sie ins Krankenhaus kommen, unter Quarantäne gestellt werden, bis geklärt ist, ob sie Träger multi-resistenter Stämme sind.

In Deutschland sterben nach Angaben des Robert-Koch-Instituts jährlich 15.000 Menschen an den Folgen einer Infektion mit multiresistenten Keimen. Die Ursachen für die Resistenzen sind eindeutig geklärt. Sie entstehen, wenn Bakterienstämme antimikrobiellen Substanzen, z.B. Antibiotika, ausgesetzt werden, diese aber aufgrund ihrer Wirkstoffkonzentration bzw. Anwendungsdauer nicht zur vollständigen Abtötung aller Bakterien führen. Bei den die Behandlung überlebenden Bakterien steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie Resistenzen gegen das eingesetzte Antibiotika entwickeln. Darüber hinaus ist es Bakterien möglich, Erbinformationen wie z.B. erworbene Resistenzen untereinander durch Weitergabe von Erbinformation auszutauschen.

Resistenz aus dem Stall

Dass auch der Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht die Ausbreitung derartiger Keime vorantreibt, ist schon seit langem bekannt. Schon 1998 wurden vom Europäischen Rat vor allem in der Schweinemast als Leistungsförderer eingesetzte Antibiotika wegen möglicher Resistenzbildung unter dem Verweis auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit verboten. 2006 kam es zu einem endgültigen Verbot aller antibiotischen Leistungsförderer.

Antibiotika-Gaben standardmäßig

In Nordrhein-Westfalen hat man von März bis Juni 2011 den Einsatz von Antibiotika in der Hähnchenmast untersucht. Erfasst wurden in diesem Zeitraum, in mehreren Mastdurchgängen, 15,9 Millionen Tiere in 182 Betrieben. 96,4 Prozent der Tiere bekamen während dieser Zeit Antibiotika verabreicht. Vor dem Hintergrund einer möglichen Resistenzbildung besonders bedenklich ist, dass bei über der Hälfte (53 Prozent) aller Behandlungen die vorgeschriebene Anwendungsdauer unterschritten wurde. Derartige Fälle kämen immer dann vor, so Dr. Thorsten Arnold, Fachtierarzt für Tierhygiene, Bestandsbetreuung und Wirtschaftsgeflügel, wenn nach Therapiebeginn

aufgrund eines Resistenztests der Einsatz eines anderen Antibiotikums notwendig wird. In einer Stellungnahme zum Antibiotika-Einsatz stellt der Bundesverband praktizierender Tierärzte, dem auch Dr. Arnold angehört, jedoch fest, dass ein Einsatz von Tierarzneimitteln „stets nach einer gesicherten tierärztlichen Diagnose und nach den Vorgaben der Antibiotika-Leitlinien“ stattfindet. In Bezug auf die verkürzte Anwendung von Antibiotika in über 50 Prozent der Behandlungen muss die Frage nach der fachlichen Kompetenz der behandelnden Tierärzte gestellt werden, wenn man eine vorsätzliche, anderen Bedürfnissen als der Krankheitsbehandlung genügenden, Antibiotikagabe ausschließt.

Mastkälber immer betroffen

Untersuchungen in Niedersachsen zeichnen ein ähnliches Bild. Hier werden bei 82 Prozent der Masthuhnbetriebe, bei 77 Prozent der Mastschweinebetriebe und 100 Prozent der Mastkalbbetriebe Antibiotika eingesetzt. Vergleichbar auch die Anzahl der nur ein- bis zweitägigen Anwendungen. Bei Mastschweinen immerhin 22, bei Mastkälbern 27 Prozent und bei Masthühnern mit 37 Prozent ein Wert, der fast an den in NRW heranreicht.

Antibiotische Leistungsförderung

Die Untersuchung aus Nordrhein-Westfalen lässt erkennen, dass vor allem große Betriebe mit einer geringen Mastdauer vermehrt Antibiotika einsetzen. Die ohne Antibiotika auskommenden Betriebe haben mit einer durchschnittlichen Mastdauer von 48,8 Tagen im Vergleich zu einem Gesamtdurchschnitt aller Betriebe von 37,8 eine um 9 Tage längere Mastperiode. „Dies legt den Schluss nahe, dass hier eine versteckte Leistungsförderung vorliegt“, bewertet Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Ergebnisse. Die Frage lässt sich aufgrund der erhobenen Daten nicht klären. Die Aussagen der niedersächsischen Studie: „Ein missbräuchlicher Einsatz der Arzneimittel lässt sich allein aufgrund dieser Daten nicht ableiten, da eine Bewertung des verantwortungsvollen Antibiotika-Einsatzes in Verbindung mit einer Kontrolle des Gesundheitszustands der Tiere nur im Betrieb erfolgen kann“ erwecken dennoch den Ein-

druck, man wolle die Ergebnisse relativieren.

Ein weiteres Problem bei der Medikamentierung resultiert aus den großen Beständen. Eine gezielte Separierung von einzelnen kranken Tieren ist zumindest im Geflügelbereich mit Beständen von über 10.000 Tieren nicht durchführbar. In der Schweinemast ist dies zumindest nicht vorgesehen. Daraus folgt, dass bei den ersten Anzeichen einer möglicherweise ausbrechenden Krankheit, auch bei nur einzelnen Tieren, behandelt werden muss, um den Krankheitsstress zu nehmen bzw. den Zusammenbruch der gesamten Herde zu vermeiden. „Industrielle Tierhaltung führt zu Stress. Antibiotikaphylaxe ist der Versuch Stress zu minimieren.“, kritisiert zu Baringdorf. Wie die gezielte Leistungsförderung ist auch der vorbeugende Einsatz von Antibiotika in Deutschland verboten. Erlaubt ist allerdings die Methaphylaxe, die Behandlung der gesamten Tiergruppe aufgrund einzelner kranker Tiere.

Kein Überblick

Bisher muss jeder Antibiotika-Einsatz vom Tierarzt gemäß der tierärztlichen Hausapothekenverordnung (TÄHAV) durch einen Abgabebeleg dokumentiert werden. Neben der Tierzahl, der behandelten Tierzahl, der Diagnose, der Art des eingesetzten Arzneimittels

und der Dosierung werden die Anwendungsdauer, die Wartezeit und die abgegebene Menge festgehalten. Darüber hinaus ist der Tierhalter verpflichtet, die Anwendung eines Antibiotikums nochmals mit den gleichen Angaben in seinem Bestandsbuch zu erfassen.

Zusätzlich werden beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) die Anwendungen von Tierarzneimitteln erfasst und überwacht. Unter anderem mit der Vorgabe, eine unkontrollierte, permanente Antibiotika-Vergabe zu vermeiden. Für Geflügeltierhalter allerdings besteht eine Sonderregelung. Die Erfassung von Antibiotika, die ausschließlich beim Geflügel eingesetzt werden können, wurde Anfang des Jahres von einer Erfassung auf Ebene der Postleitzahlen mit dem Hinweis auf datenschutzrechtliche Bedenken ausgenommen. Hintergrund ist die hohe Konzentration sowohl auf der Ebene der Tierärzte als auch auf der der Tierhalter, die Rückschlüsse auf einzelne Praxen bzw. Betriebe zuließen. In einer ersten Reaktion bekunden die im BpT zusammengeschlossenen Tierärzte: „Die Geflügeltierärzte im BpT sprechen sich ausdrücklich für eine einheitliche Erfassung auch der geflügelspezifischen Antibiotika aus.“

Das BMELV hat inzwischen ein Maßnahmenpaket zu Antibiotika in der Tierhaltung verabschiedet, in dem es eine Änderung der DIMDI-Verordnung ankündigt und für Mitte 2012 erstmals die Veröffentlichung genauer Daten verspricht.

Auf Kosten der Tiere

Die derzeitige Diskussion um eine breitere Datengrundlage verschleiert allerdings das eigentliche Problem: Den routinemäßigen Antibiotika-Einsatz. Für diesen gibt es zwei mögliche Erklärungen. Wenn nur Tiere bzw. Tiergruppen behandelt werden, die tatsächlich krank sind, dann stellt ein Antibiotika-Einsatz in über 80 Prozent der Betriebe die Haltingsbedingungen als solche in Frage. Eine andere mögliche Erklärung für den Antibiotika-Einsatz in fast allen Mastdurchgängen ist eine vorsätzliche Leistungssteigerung, um wirtschaftlich profitabel zu arbeiten. In beiden Fällen steht das System industrielle Tierhaltung mit seinen Auswirkungen auf die Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit zur Diskussion.



Am Tropf der Pharmaindustrie Foto: RK/pixelio

Exportsubventionen abschaffen

Die Botschaft machte über Medien und Verteiler schnell die Runde: Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner will sich in Brüssel noch in den kommenden Monaten dafür einsetzen, dass die EU-Länder ihre Subventionen für Agrarexporte komplett abschaffen. Prälat Bernhard Fellmeier, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, begrüßt diese Ankündigung: „Es ist sehr erfreulich, dass Ministerin Ilse Aigner Agrarexportsubventionen nicht mehr für zeitgemäß hält.“ Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Alois Glück lobt ebenfalls diese Initiative: „Die subventionierten Nahrungsmittel aus der EU zerstören die lokalen Märkte in den Entwicklungsländern und blockieren damit die Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft.“ Für die Bundesministerin beginnt jetzt die Arbeit, denn in dem Ergebnisprotokoll der Herbstkonferenz der deutschen Agrarminister von Bund und Ländern sollen die Exportsubventionen nur im Zusammenspiel mit einem Abschluss der WTO-Handelsrunde abgeschafft werden. Dieser Prozess stockt allerdings gewaltig. *bet*



Verbände demonstrierten schon 2009 gegen Exportsubventionen. Foto: Volling

Bulgarien für Kappung

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Agrarministerin Aigner in Sofia verlangte Bulgariens Agrarminister Najdenov eine Kappungsgrenze bei den EU-Direktzahlungen. Bisher erhielten in seinem Land nur 3 % der Betriebe 78 % der Zahlungen – das schaffe „Agrarmillionäre“ und eine monokulturelle Landwirtschaft zu Lasten kleinerer und vielseitiger Betriebe. *en*

Differenzen unter Milchvieh-Großbetrieben

Der „Interessenverband Milcherzeuger e.V.“ ist eine Vertretung von großen Milchviehbetrieben und vor allem von ehemaligen DDR-Milchviehanlagen. Bei einer Fachtagung in Seddin kündigten Geschäftsführer Dr. Siegmund, Bauernverbandsvertreter Folgart und Raiffeisen-Präsident Nüssel an, man wolle sich noch stärker gegen die Kappung der Direktzahlung bei Großbetrieben engagieren. Laut *Neue Landwirtschaft* konnten sich aber einige Teilnehmer „mit der Einbeziehung der Arbeitskräfte als ein Kriterium für die Direktzahlungen durchaus anfreunden“. Milcherzeuger Klaus Griepentrog verwies auf die gute Lösung für die Einberechnung der Arbeitskräfte nach dem Vorbild der Berufsgenossenschaftsbeiträge. Auch hinsichtlich der Frage von Neubauten gab es viele skeptische Stimmen – wegen der Gefährdung der Rentabilität und der ungewissen Aussichten. Reserven sah man in der Verbesserung der Grobfutterqualität, der Jungründeraufzucht und in der Reduzierung der Verluste. *en*

Bayer CropScience hübscht Biotechpark auf

In Gatersleben, gleich neben der Genbank, fristet schon seit Jahren der Biotechpark Gatersleben Infrastruktur GmbH ein etwas trostloses Dasein. Es kamen nicht so viele Firmen wie ursprünglich erhofft, um sich dort anzusiedeln und Geld, Arbeit und Forscherhonorare in die strukturschwache Harzrandregion zu bringen. Nun kommt Bayer CropScience und will ein Weizenzüchtungszentrum – Teil eines weltweiten Netzwerkes – mit angeblich 40 Arbeitsplätzen dort ansiedeln. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsministerin Birgitta Wolff (CDU) sieht die Ansiedlung des Weizenzüchtungszentrums in Gatersleben als substantielle Stärkung der grünen Biotechnologie in Sachsen-Anhalt. *cs*

Kurzes am Rande

Konzerne profitieren

Die WTO steckt fest. Unternehmen setzen ihre Interessen anderweitig durch

Smaragdgrünes Dach auf gelben Wänden mit rosa Fensterläden. Jeder kennt Villa Kunterbunt, im Schwedischen auch Villa Vilkula genannt. Die wunderbaren Abenteuer mit Pippi Langstrumpf können beginnen. Gleiches Land, andere Geschichte. Gigantischer Betonklotz mit schmucklosen Fenstern: Die Hauptgeschäftsstelle des schwedischen Energieriesens Vattenfall in Stockholm. Auf deren Homepage lächeln glückliche Menschen. Wie glücklich oder unglücklich ein Konzern wie Vattenfall Menschen machen kann, hängt von den Investitionsregeln etwa in Handelsabkommen ab. Damit können Konzerne immer erfolgreicher gegen gesellschaftliche Interessen klagen und Staaten außerhalb ihres Landes Unsummen an Geld abknöpfen. Es bleibt außerdem die Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Gestaltung der Handelspolitik hat? Im Dezember ist die Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) erwartungsgemäß erneut gescheitert.

Konzerne gewinnen ...

Vattenfall fällt in Deutschland hinsichtlich Investitionsschutz öffentlich auf. Aktuell meldete die Nachrichtenagentur dpa: „Der Vattenfall-Konzern will (...) die Bundesregierung wegen Schließung seiner deutschen Kernkraftwerke (...) auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen.“ Als Grund nennt der Konzern den vorzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie und, laut *Spiegel*-Bericht, habe die Bundesregierung damit „Vermögenswerte vernichtet“. Neben Vattenfall klagen auch noch andere Energiekonzerne wie Eon oder RWE. Nur kann Vattenfall aufgrund seiner schwedischen Wurzeln neben nationalen Investitionsregeln auch auf internationale Verträge zurückgreifen und da kommen länderübergreifende Schiedsgerichte ins Spiel.

„Das sind eine Art Serviceanbieter für Unternehmen“, sagt Oxfam-Handelsexperte David Hachfeld. „Das gibt Unternehmen die Möglichkeit, Staaten zu verklagen. Dann fallen Schiedsgerichte unter Ausschluss der Öffentlichkeit Urteile.“ Vattenfall will sich an das „Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten“ (ICSID) wenden. Ein internationales Schiedsgericht mit Sitz in Washington. Das ICSID, 1965 gegründet, ist eine Organisation der Weltbank. Die Chancen für Vattenfall stehen nicht schlecht, denn bereits 2010 im Fall des Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg wurden die Interessen gegenüber Deutschland auf ähnlichem Weg durchgesetzt. Das sind die ersten öffentlichen Fälle, in denen Unternehmen Staaten zur Kasse bitten. Der Ursprungsgedanke solcher Investitionsregeln war, dass Konzerne aus Industrienationen in Ländern geschützt werden sollten, in denen

die Rechtsprechung eher zu wünschen übrig lässt.

... unterstützt von der Politik

Zurzeit gibt es nach Recherchen von Greenpeace weltweit mehr als 3.000 Schutzabkommen für Auslandsinvestitionen. Das sind sowohl bilaterale Investitionsschutzabkommen, also auch regionale Freihandelsabkommen mit Regelungen zu Investitionen und Streitigkeiten darüber. Deutschland steht mit rund 140 unterzeichneten Verträgen weltweit an erster Stelle. Tendenz steigend. Die internationalen Streitfälle sind im letzten Jahrzehnt um das Achtfache gestiegen und zählen zurzeit knapp 400 Fälle.

Das Bundeswirtschaftsministerium preist auf seiner Webseite grenzüberschreitende Investitionen neben dem Handel, als „bedeutender Impulsgeber für das Zusammenwachsen der Märkte“ an. Ein Fünftel des Weltsozialproduktes wird von multinationalen Unternehmen geschaffen. Das Wirtschaftsministerium hält Investitionsschutzabkommen für „sinnvoll und vonnöten“ und ist für Deutschland tonangebend. Die europäische Handelsstrategie ist in Papieren „Globales Europa“ von 2006 und „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ von 2010 festgehalten. Diese Papiere sind gespickt mit Aussagen zu den Vorteilen von bi- und multilateralen Investitionsschutzabkommen u.a. auch für den Lebensmittelsektor. Weiterhin bleibt, nach Wunsch der EU, auch die Öffnung der Märkte in Drittländern, auch für landwirtschaftliche Produkte, ein wichtiges Ziel der EU-Handelsstrategie.

Welthandel qualitativ diskutieren

Investitionsabkommen und Marktöffnung sind auch Gegenstand der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation, deren Mitgliedsländer 1995 zum letzten Mal einen multilateralen Vertrag abgeschlossen haben. Bis dahin konnten sich vor allem die Konzerninteressen der Industrieländer durchsetzen. Mit der zunehmenden Emanzipation der Entwicklungsländer, die sich in Ländergruppen zusammengeschlossen haben, wurde das immer schwieriger. Die Entwicklungsländer haben für sich mehr Regeln und Schutz gefordert. Außerdem hat die Zivilgesellschaft die Verhandlungen weltweit kritisch begleitet und soziale und ökologische Qualitäten in die Welthandelsdebatte eingebracht. Alles in allem eine sehr unerfreuliche Entwicklung aus Sicht der Konzerne. Mit der europäischen Handelsstrategie hingegen können Konzerne ihre Interessen deutlich leichter in Verhandlungen mit einzelnen Ländergruppen durchsetzen. Das Ziel in der Gestaltung der Handelspolitik muss aber sein, multilateral und demokratisch verbindliche Qualitäten wie Soziales und Umwelt im Welthandel zu integrieren. *Berit Thomsen*

Bund ignoriert Ergebnisse der Sozialwahlen 2011

Im neuen Bundesträger der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung soll der Bauernverband ungestört Beitragslasten umverteilen können

Vor gerade mal einem halben Jahr, im Juni 2011, sind die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Sozialwahlen 2011 bekannt gegeben worden. Bei diesen Wahlen bestimmen die gesetzlich Versicherten in Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau diejenigen Berufskollegen, die für die nächsten sechs Jahre in die Vertreterversammlungen entsandt werden. Diese Vertreterversammlungen sind die höchsten Organe der selbstverwalteten Träger der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung, einer Art Parlament für die Unfall-, Kranken-, Alters- und Pflegeversicherung.

Sie entscheiden über die Haushalte der Versicherungsträger und vor allem darüber, welche Betriebsklassen wie viel Beiträge für Unfall- und Krankenversicherung zu zahlen haben. Bei jedem der heute noch neun regionalen Versicherungsträger (bzw. Verwaltungsgemeinschaften) gibt es eine eigene Vertreterversammlung: acht regionale für die Landwirtschaft und eine bundesweite für den Gartenbau.

Doch bald sollen sie nichts mehr zu sagen haben und nur noch den Status von regionalen „Beiräten“ bekommen. So sieht es der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vor.

Ein Bundesträger

Die Bundesregierung will per Gesetz die heutigen eigenständigen regionalen Träger zum 1. Januar 2013 zu einem Bundesträger fusionieren. Wie im Sozialgesetzbuch vorgeschrieben, muss auch dieser Bundesträger wieder eine Vertreterversammlung bekommen. Doch anders, als es im Sozialgesetzbuch vorgegeben, soll die erste neue Vertreterversammlung nicht von den Versicherten, sondern nur noch aus der „Mitte und den Vorständen“ der heutigen neun regionalen Vertreterversammlungen gewählt werden. Erst nach gut vier Jahren, wenn regelmäßig die nächsten Sozialwahlen anstehen, sollen alle Bauern, Forstwirte und Gärtner wieder wählen dürfen. Bis dahin fällt also eine Art Interims-Versammlung von Vertreter-Vertretern die Entscheidungen – und es stehen weitreichende Entscheidungen an (siehe unten).

DBV-Listen-Vertreter

Für die neue Bundes-„Vertreterversammlung“ ist nach dem Berliner Gesetzentwurf jetzt schon absehbar, dass dort auf der Seite der Bauern nur die

engsten Vertrauten der Landes-Bauernverbände hineinkommen werden – neben den Arbeitnehmervertretern der Gewerkschaften. Denn der Gesetzentwurf sieht vor, dass aus jeder der heutigen neun regionalen gewählten Vertreterversammlungen jeweils neun Personen in diese Bundes-„Vertreterversammlung“ entsandt werden (ergibt zusammen 81), und zwar je drei aus der Gruppe der Landwirte, die Arbeitgeber mit Lohnarbeitskräften sind (Arbeitgeber), weitere drei aus der Gruppe der Landwirte, die Selbstständig ohne familienfremde Arbeitskräfte sind („Sofas“), sowie drei aus der Gruppe der Arbeitnehmer, also sechs Bauern und drei Arbeitnehmer je regionaler Versammlung.

Während die Arbeitnehmer in die regionalen Versammlungen über die Wahllisten der Gewerkschaften (vor allem

Deutscher Milchviehhalter (BDM) sowie in Ostdeutschland auch vom Deutschen Bauernbund (DBN) und dem Deutsche Landwirte e.V.

Die Bauern-Vertreter von all diesen Wahllisten haben nun keine Chance, in die neue Bundes-„Vertreterversammlung“ entsandt zu werden, denn die Bauernverbandsleute haben klare Mehrheiten und werden alles daran setzen, keinen Bundes-Platz an die anderen Listen abzugeben. In der neuen Bundesversammlung geht es schließlich darum, die dort für wichtige Entscheidungen erforderliche 60 Prozent-Mehrheit zu sichern – oder Sperrminoritäten zum Beispiel des Ostens und Nordens gegen den Süden zusammen zu bekommen.

AbL, BDM, DBN draußen

Im Ergebnis wird also die neue Bundes-



Vertreterversammlungen sind die Rückrate parlamentarischer Demokratie, schlecht, wenn sie sich selbst demontieren. Foto: Bundestag/Schüring

IG BAU) gewählt worden sind, kommen die meisten Bauern der anderen beiden Gruppen („Arbeitgeber“ und „Sofas“) über die Wahllisten, die direkt von den Landes-Bauernverbänden des DBV oder von mit ihnen eng verbundenen Arbeitgeberverbänden in die Versammlungen. Daneben aber gibt es in den meisten regionalen Versammlung auch Bauern-Vertreter, die über andere Listen hineingewählt worden sind, und zwar vom Verband der Landwirte im Nebenberuf (DBN), der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dem Bundesverband

„Vertreterversammlung“ so zusammengesetzt sein, dass kein einziger gerade erste gewählter Vertreter der kleinen Listen im Raum sitzt, wenn über Beiträge, Geld, Standorte und Personal entschieden wird. Es ist zwar auch in den heutigen regionalen Versammlungen nicht so, dass die Vertreter von DBN, AbL und BDM die Entscheidungen kippen könnten, aber sie schaffen immerhin Öffentlichkeit. Das kippt nun ganz weg. Es ist noch nicht einmal sicher, dass in nennenswertem Umfang Vertreterinnen der Landfrauenverbände, die auf den Wahlli-

sten der Bauernverbände stehen, in die neue Bundesversammlung einziehen werden. Somit spiegeln sich die Ergebnisse der Sozialwahlen 2011 nicht in der neuen Versammlung wider! Der Bundesvorstand der AbL hält das für nicht vereinbar mit dem Sozialgesetzbuch und lässt das juristisch prüfen.

Es geht um viel

In den ersten beiden Jahren (2013 und 2014) muss der Bundesträger laut Gesetzentwurf sehr weitreichende Entscheidungen treffen. Da muss ein bundesweit einheitlicher Beitragsmaßstab für die Beiträge der Betriebe zur Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) bestimmt werden, der spätestens 2018 voll zum Tragen kommen wird. Im Gesetzentwurf erwähnt die Bundesregierung dabei ausdrücklich Forderungen des Deutschen Bauernverbandes (DBV), ganz so, als hätten DBV-Forderungen nun schon Gesetzesrang. Ziel ist, dass gleichgroße und gleichstrukturierte Betriebe in Zukunft überall in Deutschland den gleichen Beitrag zahlen sollen. Was DBV und Gesetzentwurf als „gerecht“ bezeichnen, wird eine große Umverteilung an Beitragslasten nicht nur zwischen Bundesländern, sondern vor allem zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen nach sich ziehen.

Ein Gutachten des Stuttgarter Ökonomen Prof. Bahrs, das ebenfalls im Gesetz erwähnt wird, nimmt aber nur die Umverteilungen zwischen Regionen in den Blick; zu den Umverteilungen zwischen den Betriebsgrößen schweigt der Professor. Es ist der gleiche Sachverständige, der auch die bisherigen Umverteilungen innerhalb der regionalen Träger begutachtet bzw. vorgeschlagen hat. Danach kommt z.B. ein 25-Kuhbetrieb in Bayern und Hessen auf weit mehr als doppelt so viele Beitragseinheiten je Kuh wie ein 200-Kuhbetrieb, in Baden-Württemberg beträgt der Faktor sogar 6,75. Wenn sich daran nun die Beitragssysteme in anderen Bundesländern orientieren sollen, birgt das richtig Zunder. Auch die Krankenkassen-Beiträge der Betriebe müssen nach dem Gesetzentwurf bundesweit neu gestaltet werden. Wie die neue Bundes-„Vertreterversammlung“ entscheidet, hat also für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland erhebliche Auswirkungen. Da pfeifen Bund und DBV lieber auf demokratisch gewählte Öffentlichkeit. *uj*

Ende der betäubungslosen Ferkelkastration

Ab 2017 soll die betäubungslose Ferkelkastration gesetzlich verboten werden und die geltende Ausnahmeregelung für den Schenkelbrand bei Pferden entfallen. Das neue Gesetz ist Bestandteil des Referentenentwurfs zur Erneuerung des Tierschutzgesetzes, das sich derzeit in der Ressortabstimmung befindet. Das darin enthaltene Qualzuchtverbot soll neu und klarer formuliert werden. Laut den Agrarressorts sollen Tierhalter zukünftig dazu verpflichtet werden, ein Eigenkontrollsystem einzuführen und noch stärker auf das Tierwohl zu achten, indem z.B. Tierwohlintikatoren zur Beurteilung des Wohlergehens der Tiere herangezogen werden. Zudem soll der Schutz von Versuchstieren verbessert werden. Weitere Regelungen zur Beendigung von „nicht-kurativen Eingriffen“ wie z.B. das Schwänzekupieren bei Ferkeln und das Schnabelkürzen bei Geflügel sollen folgen. Laut dem Ministerium für Landwirtschaft sollen solche Eingriffe mittelfristig verboten werden. Der Deutsche Tierschutzbund begrüßt die angekündigte Novellierung des Tierschutzgesetzes, fordert aber, dass die Bundesregierung sehr viel schneller und umfassender handeln müsse, als es offenbar geplant sei. So komme z.B. das Verbot der betäubungslosen Kastration ab 2017 zu spät. *mh*

Akzeptanzlose Agrarfabriken

Eine aktuelle Studie von Professor Achim Spiller und Mayke Kaiser (Universität Göttingen), die auf einer repräsentativen Umfrage beruht, zeigt eine dramatische Auseinanderentwicklung zwischen den agrarindustriellen Großbetrieben der Geflügel- und Schweinehaltung und deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Dass vor allem die Politik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Landwirte verbessern und somit die Massentierhaltung eingrenzen soll – dafür plädieren mehr als 80 % der Bundesbürger. Trotz eines großen Verständnisses für die wirtschaftlichen Zwänge der Landwirte akzeptiert die große Mehrheit der Verbraucher keine Rechtfertigung der Massentierhaltung durch ökonomische Begründungen. Der Begriff „Massentierhaltung“ ist laut Studie extrem negativ assoziiert, vor allem wegen des Platzmangels und des fehlenden Auslaufs der Tiere und der geringen Beachtung des Einzel-tiers. Für die Befragten beginnt „Massentierhaltung“ bei Tierzahlen bei Geflügel von 5.000, bei Schweinen von 1.000 und bei Rindern bei 500 – wobei diese Vorstellungen der Bürger durch die tatsächlichen Durchschnittszahlen bei Niedersachsens Masthühnern (35.100) längst weit übertroffen würden. Gleichzeitig liegen diese Vorstellungen der Bürger ganz nahe bei den Grenzen, ab denen eine Genehmigung gemäß dem für Agrarfabriken gedachten Bundes-Immissionsschutz-Gesetz erforderlich ist – und realistisch dicht an den Tierzahl-Grenzen, bis zu denen überhaupt noch eine artgerechte Haltung in bäuerlichen Strukturen mit Stroh und Auslauf praktikabel ist. *en*

Förderung für Weidegang

Der niederländische Milchkonzern FrieslandCampina will mit jährlich 45 Mio. Euro den Weidegang der Kühe für sein Milchprodukteprogramm „Weidemilch“ fördern. Zusätzlich 50 Cent pro 100 kg gibt es für die Milchbauern, die ihre Kühe mindestens 120 Tage lang und täglich 6 Stunden täglich auf die Weide lassen. Deren Anteil beträgt 65 %, während 10 % der Lieferanten reine Stallhaltung betreiben und 25 % lediglich einen Teil ihrer Tiere auf die Weide lassen. In Deutschland können die Bundesländer im Rahmen der 2. Säule für die Weidegangförderung Programme mit einer Kofinanzierung von Bund und EU anbieten. *en*

Einstreu als Balsam

Eine Untersuchung der Hochschule Nürtingen und der Boxberger Landesanstalt für Schweinezucht in 20 Betrieben mit 2.500 Sauen ergab, dass bei tragenden Sauen auf Vollspalten die Klauengesundheit deutlich leidet. Deutlich besser geht es Sauen, wenn es Betonspalten nur im Aktivitätsbereich gibt und Stroh im Liegebereich: „Einstreumaterial ist Balsam für Sauenfüße“ titelt *top agrar*. *en*

Starplus-Schweineställe

In den Niederlanden haben die Universität Wageningen und Stallbauunternehmen neue Ställe mit natürlicher Belüftung, kontinuierlicher Gülleabfuhr und Auslauf der Tiere vorgestellt. Das „Starplus-Konzept“ besteht laut *DLG-Mitteilungen* aus einer Stahlkonstruktion mit großen Fenstern, befestigten Böden und Stroheinstreu. Die Buchten haben ein Gefälle zu einem kleinen Anteil Spaltenboden, unter dem ein Fließband Harn und Kot entfernt. Weitere Stallkonzepte für Sauen und Aufzuchtferkel sollen folgen. *en*

Kurzes am Rande

Wer folgt auf Sonnleitner?

Der Deutsche Bauernverband auf der Suche nach einem neuen Präsidenten

Der Bauernverband muss sich im Sommer auf den Nachfolger des nach 14 Jahren Amtszeit scheidenden Präsidenten Gerd Sonnleitner einigen. Kein leichtes Unterfangen, wenn man die innerverbandlichen Konfliktzonen zwischen Bauern und Agrarindustriellen sowie zwischen Nord-Süd bzw. Ost-West bedenkt und zudem noch die unterschiedlichen Interessen der Ackerbauern, Schweinehalter, Milcherzeuger oder Biogasbetreiber. Der Präsident des Bauernverbands muss aus den Reihen der Präsidenten seiner (großen) Landesverbände kommen. Vor dem Bayern Sonnleitner war mit Heereman ein Westfale Präsident – eigentlich wäre wieder jemand aus dem Norden dran.



Das Magazin *der Spiegel* nannte ihn „den wichtigsten Strippenzieher“ – Monsanto Deutschlands langjähriger oberster Pressechef, Andreas Thierfelder. Trotzdem musste er nun gehen, wahrscheinlich wegen Erfolglosigkeit, schließlich ist es mit Monsantos Image in Deutschland nicht zum Besten, seine Stelle wurde ersatzlos gestrichen. Aber es tut sich mit dem demnächst frei werdenden Präsidentenposten beim Bauernverband ja schon eine passende attraktive Jobalternative auf.

Foto: Gschwendtner

denen der Bauern in der „Wertschöpfungskette“ sieht und der sogar in seinem Heimat-Kreisverband mehr als umstritten ist.

Kommt er aus dem Süden...

Kann sein, dass das Präsidentenamt deshalb diesmal in Süddeutschland bleibt: Der Landespräsident von Baden-Württemberg, Joachim Rukwied, ist mit 49 Jahren noch nicht zu alt und hat mit seinem Ackerbau-, Feldgemüse- und Weinbaubetrieb noch ein bäuerliches Gepräge. Angesichts der sich weiter zuspitzenden Konflikte in Fragen der Gentechnik und der Agrarindustrialisierung, in denen er sich bisher nur vorsichtig positioniert hat, könnte er bei den Landesverbandsdelegierten beim Bauerntag als Kompromiss-Kandidat eine Mehrheit finden.

... oder aus dem Osten?

Unwahrscheinlich, dass dem Bauernverband die Zeit schon reif scheint für einen ostdeutschen Präsidenten. Trotz aller Interessen vieler Funktionäre an einem noch verschärften agrarindustriellen Kurs würde dies den Verband zerreißeln. Fast alle Ost-Landesvorsitzenden waren ehemalige LPG-Leiter und leiten heute große LPG-Nachfolgebetriebe: Wolfgang Vogel aus Sachsen (59 Jahre, ca. 2.200 ha), Dr. Klaus Kliem aus Thüringen (63 Jahre, 4.500 ha plus Tochterfirmen und Beteiligung in der Ukraine), Udo Folgart aus Brandenburg (54 Jahre, SPD-Landtagsabgeordneter, 1.150 ha plus Geschäftsführung einer Agrargesellschaft), Rainer Tietböhl aus Mecklenburg-Vorpommern (58 Jahre, 765 ha, 180 Milchkühe), Frank Zedler aus Sachsen-Anhalt (49 Jahre, ehemals für die Treuhand tätig, 1.300 ha mit zwei weiteren Gesellschaftern).

Mancher ist zu alt

Aus Altersgründen scheiden wohl aus: Franz-Josef Möllers aus Westfalen (65 Jahre, Multifunktionär bei der Agravis-Großgenossenschaft und anderen Unternehmen), Friedhelm Decker aus dem Rheinland (65 Jahre, Posten bei der RWZ-Großgenossenschaft u.a.), Friedhelm Schneider aus Hessen (63 Jahre, größerer Milchviehbetrieb), Leo Blum aus Rheinland-Nassau (64 Jahre, langjährige Posten im Molkerei- und Landhandelsbereich), Norbert Schindler aus Rheinland-Pfalz Süd (62 Jahre, CDU-Bundestagsabgeordneter, Posten u.a. in der Zucker- und Bioethanolbranche). *en*

Wer hat Chancen?

Im Gespräch sind Werner Schwarz aus Schleswig-Holstein (50 Jahre, ca. 500 ha mit 240 Sauen und 1.800 Mastschweinen), der sich zwar als Gentechnik-Befürworter hervortut, aber sonst bundesweit noch wenig hervorgetreten ist und vor allem der süddeutschen Basis nur schwer vermittelbar sein dürfte. Letzteres gilt noch viel mehr für den mittlerweile 59jährigen Niedersachsen Werner Hilde mit seinen ca. 2.500 Mastschweinen, seiner Beteiligung an einer Puten-Agrarfabrik und seinen vielen Posten in der Ernährungsindustrie – deren Interessen er als identisch mit

„Butterberge vermeiden, statt sie zu verramschen“

Gelungene Gemeinschaftsaktion der Milcherzeuger im Dreiländereck

Über 60 Bäuerinnen und Bauern sind am 29. November an die deutsch-schweizerische Grenze in Basel gekommen, um zu zeigen, dass man beiderseits der Grenze gegen das Exportdumping von Butter ist. Anlass war ganz konkret die Verschiebung von fettreduzierten Butterprodukten aus der Schweiz nach Deutschland und Frankreich.

Dreifache Subventionierung

Bei dieser Entsorgung von Überschüssen über die Landesgrenze bezahlen die Bauern gleich zweimal und auch die Gesellschaft zahlt mit. Werner Locher von BIG-M erläutert: „Die Milcherzeuger bekommen für die Milch, die zu diesen Exportprodukten verarbeitet wird (so genannte C-Milch) einen niedrigeren Preis. Dieser liegt je nach Molkerei zwischen 30 und 45 Rappen (100 Rappen= 81 Cent). Es gibt aber auch Milchkäufer, die den Bauern einfach einen etwas tieferen Mischpreis ausbezahlen, da sie sich nicht in die Karten blicken lassen wollen.“ Zusätzlich wird allen Erzeugern auf ihre gesamte Milchmenge ein Rappen je Liter für diese so genannte „Marktentlastung“ abgezogen. Neben Butterprodukten wird aus dem anderen Teil der überschüssigen Milch Magerkäse hergestellt. Dieser ist pur ungenießbar und nur für die industrielle Weiterverarbeitung bestimmt (zum Beispiel Pizzakäse). Werner Locher: „Hier beteiligt sich der Staat, indem er der Molkerei für jeden Liter verkäufte Milch 15 Rappen Verkäufungszulage rückerstattet. Schweizer Magerkäse ist so sehr billig in Europa zu haben.“ Bei dieser Art der Verwertung und Entsorgung von Überschussmilch hat die Molkerei Rohstoffkosten von weniger als 32 Rappen pro Liter. Zu diesem Preis würde kein Milcherzeuger mehr Milch abliefern. Doch die doppelte Subventionierung durch Erzeuger und den Staat stellt diese Lieferungen sicher.

Druck auf die Märkte in Schweiz und EU

In den EU-Ländern, aber auch weltweit, können diese zusätzlichen Mengen für Verzerrungen auf schon überlasteten Märkten sorgen und so den Druck auf die Erzeugerpreise erhöhen. Ursache dieser Misstände sind in der Schweiz und in der EU vor allem die Überproduktion d.h. das Fehlen einer effektiven Steuerung der Milchmenge in Erzeugerhand. Samuel Spahn von Uniterre, EMB-Mitglied, das die Aktion von Schweizer Seite aus angestoßen hatte: „Der Handel mit Billigbutter schadet den Produzenten beiderseits der Grenze, deshalb müssen wir gemeinsam handeln. Die symbolische Aktion in Basel verdeutlicht das Problem sehr gut.“

In der Schweiz funktioniert die Organisation des Milchsektors durch die Branchenorganisation Milch (BOM) heute überhaupt nicht, erläutert er weiter und ist sich an diesem Punkt einig mit seinem Kollegen Martin Haab von BIG-M. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesrates ist es jetzt nicht – wie von beiden Verbänden gefordert – möglich, die Milchmenge auf der Erzeugungsebene zu steuern, sondern nur die Übermengen mit Pflichtabgaben der Erzeuger zu exportieren. Der Preisdruck ist angesichts der weiter bestehenden Überproduktion unvermindert hoch und über eine Segmentierung des Milchpreises ist es den Verarbeitern gelungen, den Preis ganz regelgerecht weiter zu drücken. So will die Molkerei Emmi ab 2012 nur noch für 65 Prozent der Milch den normalen A-Preis bezahlen, für 25 Prozent den niedrigeren B-Preis und den Rest als C-Milch behandeln. Doch wie kann die Molkerei schon heute wissen, wie die Vermarktungssituation, die die Segmentierung bedingt, in 2012 aussieht?!

Export-Import-Geschäft läuft gut

„Gute holländische Butter! Kaufen Sie! Billiger und besser als die Schweizer Butter“, so rief der Pseudo-Milchhändler aus den Niederlanden immer wieder. Und der Emmi-Geschäftsführer führte neben vielen Banknoten auch ein Schild mit der Aufschrift „Schweizer Produkte lassen sich gut auf den EU- und Weltmärkten verkaufen“ spazieren. Natürlich war auch der Milchhändler mit Deutscher Markenbutter mit von der Partie. Man verstand sich gut unter Geschäftsleuten und schacherte ver-

gnügt mit dem falschen Zollbeamten.

Die Schweizer Butter wurde auf die deutsche Seite der Grenze gebracht, dort standen dann die deutschen Bäuerinnen und Bauern mit großen Schildern, nahmen die Butter und brachten sie zurück in die Schweiz. Ulrike Minkner von Uniterre: „Wir brauchen eine Mengensteuerung in Erzeugerhand, welche eine nachfrageorientierte und kostendeckende Milcherzeugung ermöglicht. In der Schweiz und in der EU. Und wir zeigen heute mit dieser Aktion, dass wir uns nicht gegenseitig in Konkurrenz stellen lassen.“ Die Schilder sprachen deshalb: „Für marktgerechte Mengensteuerung in Produzentenhand“ – „Gegen Exportdumping und organisierte Überproduktion“ – „Gegen die Milchpreissenkungen – für faire Preise“. Franz Schweizer vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) kommentierte: „Das war eine sehr gute Aktion mit viel Medieninteresse, ich freue mich über diese tolle solidarische Gemeinschaftsleistung.“ Auch in Genf machten Erzeuger von den Schweizer Verbänden Uniterre und BIG-M und der französischen APLI eine erfolgreiche Aktion an der Grenze. Sie stoppten für kurze Zeit den Autoverkehr und hielten eine Pressekonferenz mitten auf der Fahrbahn ab. Das Interesse der Medien war ebenfalls groß. Ulrike Minkner von Uniterre fasste den Tag zusammen: „Ich freue mich schon auf die nächste gemeinsame Aktion mit den deutschen und französischen Bäuerinnen und Bauern von AbL, BDM, APLI und Confédération Paysanne. Denn die heutige war rundum gelungen.“

Sonja Korpeter, EMB

Käsekonzern steigt bei Söbbecke ein

Mit einer Minderheitsbeteiligung von weniger als 25 % steigt die große französische Privatmolkerei Bongrain bei der Biomolkerei Söbbecke in Nordrhein-Westfalen ein. Das Familienunternehmen in Gronau-Epe begründet diesen Schritt mit dem starken Wettbewerb im Biomarkt. Größere Investitionen seien geplant und nötig. Bongrain ist insgesamt in 120 Ländern aktiv und verfügt gleich über mehrere traditionelle, schlagkräftige Käsemarken: Garamont, Le Tartare, Bresso und Fol Epi. Seit zehn Jahren besitzt das Unternehmen knapp ein Viertel der Andechser Biomolkerei Scheitz. cs



Milch und Butter im kleinen Grenzverkehr

Foto: EMB

Gegen Neonazi-Treff in Eschede

„Bunte Vielfalt statt Braune Einfalt – gegen Gewalt und Rechtsextremismus!“ Unter diesem Motto demonstrierten am 17. Dezember etwa 500 Menschen in Eschede (bei Celle) gegen die „Sonnwendfeier“-Treffen von Neonazis auf dem Hof des NPD-Funktionärs Joachim Nahtz. Mit diesem „Netzwerk-Knoten für Hass und Gewalt“ werden auch die Brandanschläge kurz zuvor auf das Pfarrhaus in Unterlüß und gegen einen weiteren Nazi-Gegner in Fassberg in Verbindung gebracht. Vor Jahren war bereits ein Escheder Bürger durch Neonazis zu Tode gekommen. Ein breites Bündnis von Bürgern, Unternehmen, kirchlichen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Gruppen und Parteien protestierte gegen das Nazitreffen, darunter auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Lühmann und Celles Oberbürgermeister Mende. Der Vertreter der Evangelischen Landeskirche betonte, Rechtsextremismus sei mit dem christlichen Glauben unvereinbar. *en*

Verbände steigen aus

Verbände zeigen ihren Unmut über den „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ (NAP) des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Mitte Dezember kündigten sie ihre Mitarbeit in dem Gremium, dessen Ziel es sein sollte, die Risiken, die durch die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln entstehen können, weiter zu reduzieren. Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) sowie der Bundesverband der Energie- und Wasserversorgung (BDEW) kritisierten jedoch das fehlende Interesse des BMELV, die Pestizidbelastung ernsthaft zu senken. Das Bündnis wirft dem BMELV zudem vor, sich im NAP einseitig an den Interessen der Agrarindustrie zu orientieren. Dazu meint Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN und Bündnispartnerin: „Für das Bündnis ist nicht ersichtlich, dass das federführende Bundeslandwirtschaftsministerium tatsächlich daran interessiert ist, die Menschen und ihre Umwelt vor den negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen und verbindliche Vorgaben, wie die Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzes, ernsthaft umzusetzen.“ Hintergrund ist das deutsche Pflanzenschutzgesetz, das derzeit überarbeitet und an europäische Regelungen angepasst wird. Hierzu muss der jeweilige nationale NAP bis spätestens Ende November 2012 an die Kommission und die restlichen Mitgliedsstaaten übermittelt werden. *mh*

Laut gegen Gentechnik

Mit Trommeln, Pfeifen, Tanz und einer Sitzblockade protestierten etwa 100 Gentechnikgegner und -gegnerinnen vor den Türen der Aktionärsversammlung des Saatgutunternehmens KWS in Einbeck. Ihr Motto: „Gentechnik sucht Hintertürchen – nein zu Schwellenwerten im Saatgut“. Mit dabei waren Aktive der Initiative Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) sowie ein Vertreter der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL). Mit ihrer Aktion kritisierten die Gentechnikgegner die Firmenpolitik des Unternehmens, die von der Politik die Legalisierung dafür fordere, dass konventionelles und ökologisches Saatgut einen gewissen Anteil an gentechnisch veränderten Samen enthalten darf, so Agrarstudent Gregor Schmitz. Dies würde bedeuten, „Gentechnikpflanzen könnten sich ungehindert in unserer Landwirtschaft ausbreiten“, kritisierte der Gentechnikgegner. Über ein Hintertürchen versuche die KWS so, ihre Designer-Pflanzen auf die Felder zu bringen, vermutet Schmitz. Karla Eder von der jAbL nutzte die Gelegenheit, um auf generelle Mängel in den Prüfverfahren zur Unbedenklichkeit der Agro-Gentechnik hinzuweisen. „Es gibt beispielsweise bei der Zulassung von herbizidtoleranten Gentechnikpflanzen keine ausreichende Risikobewertung bezüglich der gesundheitlichen Gefahren durch Rückstände von Spritzmitteln wie beispielsweise Roundup“, so Eder. Die jungen Aktivisten hatten zudem KWS-Aktien erworben, um sich auf der Versammlung Gehör zu verschaffen und Gegenanträge einzubringen. *mh*

Massenproteste chinesischer Bauern

In Wukan in der chinesischen Provinz Guangdong kam es nach dem Tod eines Dorfbewohners im Gefängnis zu Unruhen, bei denen viele Menschen gegen die lokalen Behörden demonstrierten und Straßensperren gegen die Polizei errichteten. Lokale Amtsträger sollen sich Hunderte Hektar Land angeeignet und verkauft haben. Der Spiegel berichtet, dass Wissenschaftler von jährlich etwa 180.000 solcher „Massenvorfälle“ in China ausgehen. *pm*

Kurzes am Rande

Viva La Via Campesina!

Treffen europäischer LandwirtInnen in Straßburg

Unter dem Motto „Sowing seeds of change“ trafen sich Ende November 30 engagierte junge Menschen aus den verschiedensten Regionen Europas in Straßburg, um sich über die Zukunft der Landwirtschaft und die Rolle der jungen Menschen auszutauschen.

Inhalte des Treffens waren die zunehmende Industrialisierung des Ökolandbaus, das Konzept der Agroecology, die Gender-Herausforderungen in der Landwirtschaft sowie die Ernährungssouveränität. Intensiv diskutiert wurden die Ansätze der GAP. „Gestritten“ wurde über die unterschiedlichen Wege und Ansätze, aber in den Zielen und Visionen waren sich alle einig, egal aus welchem Land, egal ob BäuerIn, StudentIn, englisch- oder spanisch-sprachig: Die Landwirtschaft, wie sie jetzt ist, kann nicht so weitergehen, sondern muss sich wieder viel stärker an den Bedürfnissen aller Menschen, Tiere und Pflanzen ausrichten. Wir wollen faire Preise für unsere Produkte und brauchen viel mehr junge Menschen in der Landwirtschaft.

Bei einer Aktion für freies Saatgut gemeinsam mit der lokalen Gruppe der Confédération Paysanne haben wir auf Straßburger Wochenmärkten gegen ein Gesetz zur Besteuerung von Saatgut demonstriert und informiert. Für die nötige Aufmerksamkeit sorgte der „Kata der Hacke“, ein chinesischer Schwertkampf, der mit der Hacke ausgeführt wird.

Zwei Exkursionen führten uns auf die Höfe von Joel Siegel, der seinen Obstbetrieb vor zwei Jahren mit Hilfe der RegionalwertAG gegründet hat, und von Marga Widmeier, die mit ihrem Milchviehbetrieb nach 30 Jahren bio jetzt den Schritt in eine „Solidarische Landwirtschaft“ (CSA) wagt.

Dieses Treffen war ein Schritt für die europäische Vernetzung junger Bäuerinnen und Bauern und zeigt, dass wir in Deutschland mit unserem Kampf für eine bäuerliche Zukunft nicht alleine sind. Das ist ein gutes Gefühl. *Simone Johnen*



Viele motivierte Menschen beim Treffen von Via Campesina in Straßburg.

Foto: Maaß

SPD gegen grüne Gentechnik

Auf ihrem jüngst zu Ende gegangenen Bundestag fasste die SPD einen offiziell ablehnenden Beschluss gegen grüne Gentechnik. Konkret spricht sich die SPD dafür aus, die mit dem aktuellen Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung der Freisetzungsrichtlinie erweiterten Möglichkeiten nationaler Anbauverbote als Chance für gentechnikfreie Felder in Deutschland zu nutzen. Das EU-Zulassungsverfahren müsse überarbeitet werden und konsequent dem Vorsorgeprinzip folgen. Das Verfahren müsse transparenter und demokratischer werden, ökologische Fragen stärker berücksichtigen und sozioökonomische Nutzen und Risiken sowie die agronomische Nachhaltigkeit als wichtige Kriterien in die Bewertung einbeziehen. Solange das EU-Zulassungsverfahren diese Bedingungen nicht erfüllt, sollten der Partei zufolge keine weiteren gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zugelassen werden. Kritik dafür erntete sie von der FDP-Bundestagsabgeordneten Christel Happach-Kasan, der Beschluss sei „fortschrittsfeindlich und rückwärtsgewandt.“ *cs*

Muslimische Landfrauenvorsitzende

Seit 2006 ist die aus dem Iran stammende Parvin Hemmecke-Otte schon Landfrauen-Vorsitzende des Altkreises Braunschweig. Die 51 Jahre alte Agraringenieurin hat ihren Mann Lothar 1980 beim Agrarstudium in Kassel kennen gelernt, ist mit ihm auf den Ackerbaubetrieb in Bienrode gezogen und leitet zudem aus der Ferne eine Pistazienplantage in ihrer Heimat. Wie die Hannoversche Allgemeine berichtet, wirbt die muslimische Landfrauenvorsitzende bei ihren Mitgliedern erfolgreich für Toleranz und Verständnis für die Kultur ihrer Heimat. Trotz Kopftuchzwang hätten die Frauen dort viel erreicht – 52 % aller Studierenden seien weiblich und hätten Zugang zu allen Berufen. „Toleranz geht durch den Magen“ – das gelte auch für die gemeinsamen Kochabende der Landfrauen. *en*

Betriebsspiegel:

100 Hektar: 70 ha Acker,
30 ha Grünland,
600 Neulandschweine, 40 Ochsen
450 kW Biogasanlage mit
Fernwärmenetz

Es ist Mitte November und der alljährliche Castortransport hat bislang noch nicht stattgefunden. Man wollte in diesem Jahr nicht mit dem Kartoffelsonntag in Dannenberg (die zweitgrößte Menschenansammlung nach der Castordemo im Wendland) kollidieren. Aber seit Mitte November ist jedes zweite Fahrzeug, welches an meinem Haus vorbeifährt, ein Polizeifahrzeug. Ich muss dazu sagen, dass ich direkt an einer der beiden möglichen Transportstrecken wohne. Und so fuhr dann auch am Morgen des 14. Novembers der Polizei LKW des technischen Trupps der Berliner Polizei durch Quickborn, um die Gullydeckel zuzuschweißen, weil diese eine Gefahr darstellen könnten. Ich wunderte mich,

Auf der letzten Pressekonferenz während diesem Castor Transport 2011 hat ein Landwirt gesagt: „Wir haben eindrucksvoll gezeigt, wer hier lebt und arbeitet.“ Durch unglaublich viele phantasievolle Aktionen haben nicht nur die Bauern ihren Protest hier im Wendland zum Ausdruck gebracht, aus allen Teilen der Bundesrepublik sowie aus dem europäischen Ausland waren viele 1.000 Menschen über Tage auf der Straße. Aber nicht nur da. Hier in unserem kleinen Landkreis ist es eine große logistische Herausforderung, all die Menschen, die hier anreisen, auch zu verpflegen, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auszuruhen oder ihre Sachen zu trocknen. Auch hier wurden wieder Zeichen gesetzt, schon im Vorfeld kamen Großhändler aus der Naturkostbranche von sich aus auf uns zu und haben sich angeboten, wieder Lebensmittel zu spenden, teilweise 4 bis 5 Paletten. Wie von Zauberhand kommen diese Waren dann in die einzelnen Camps, wo für mich die wahren „Helden“ sind. Hier werden Großküchen aufgebaut, die mit einfachsten Mitteln köstliche Suppen für mehrere tausend Menschen kochen. Da werden Brote geschmiert und über verschlungene Pfade auf Waldwegen zu Menschen gebracht, die sich über Stunden an den Gleisen angekettet haben oder auf der Straße sitzen. Da werden Buffets aufgebaut, damit die Erschöpften sich stärken können. Und es gibt Menschen, die sorgen dafür, dass die Toiletten sauber sind. Von allen Seiten aus der Bevölkerung gibt es Hilfe, die einen bringen Kuchen, die anderen Suppen oder Dosen mit Wurst von der letzten Hauschlachtung und eingekochte Gurken.

dass sie dieses Mal nur eine Viertelstunde brauchten, um durch den Ort zu kommen, aber die Abflussdeckel waren schon verschweißt. Entweder hatten sie vergessen, die Deckel im letzten Jahr wieder auf zu flexen, oder jemand hatte sie schon vorher gesichert.

Am nächsten Tag gab es dann wohl den Befehl von oben: Aufmachen, nachgucken und wieder zuschweißen. 23.000 Polizisten wollen ja auch beschäftigt werden. Vorher musste Hasso allerdings noch seine Nase reinhalten, ob da nicht jemand Sprengstoff versteckt hat. Die empfindliche Nase des deutschen Schäferhunds schlug gleich dreimal an, und so gab es dann auch drei mal Bombenalarm in unserem beschaulichen Ort, inklusive Vollsperrung und Kampfmittelbeseitigungsdienst. Allerdings wurde nur ein Schuhkarton mit der Aufschrift „Peng“ gefunden.

Am 26. November war dann die Großdemo in Dannenberg. Meine Schlepper

sind wie immer heiß begehrt, und so bleibt für mich nur das Fahrrad. Aber es ist schon ein tolles Bild, an fast 500 Schleppern vorbeizufahren, nicht weniger als im Vorjahr. Auch auf der Kundgebung sind überraschend viele Menschen. Der Atommüllzug ist zu diesem Zeitpunkt schon fast in Niedersachsen, die heiße Phase hat also schon begonnen. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hat wie immer kein einheitliches Konzept, verkörpert aber mit ihrem landwirtschaftlichen Gerät den heimischen Widerstand. Natürlich nur außerhalb der 50 m um die möglichen Transportstrecken herrschende Demonstrationsverbotszone. So wird der Protest schon mal durch eine lang anhaltende Fahrt in einem Kreisler gezeigt oder durch spontane Maschinenausstellungen auf wichtigen Zufahrtsstraßen.

Dass die Polizeikolonnen häufig die ersten Besucher dieser Ausstellungen sind, ist sicherlich Zufall, aber für die Sitzblo-

ckierer auf Schiene und Straße von beachtlichem Vorteil. Und die Polizei präsentiert ja ebenfalls imposant ihre Flotte von meist 20 bis 30 Fahrzeugen hinter der Landmaschinenausstellung. Einmal haben sie sogar gezeigt, wie stark Polizeibeamte so sind, und haben einen 3 m breiten Schälgrubber mit 70 Beamten von der Straße getragen.

Meine Castorbezugsgruppe beschließt dann am Montag, der Polizei die Zufahrt zur so genannten Nordroute zu erschweren. Allerdings sind unsere Schlepper (bis auf meinen) bereits am Sonntag von der Polizei beschlagnahmt worden. Also muss mein Renault jetzt alles rausholen. Wir wollen mit einem beladenen Heuwagen eine Reifenpanne mitten auf der Zufahrtstrecke verursachen. Alles läuft wie geplant. Nur Pech, dass sowohl das Fahrzeug, das dem Anhängerzug direkt folgt, als auch das erste Fahrzeug, welches von vorn auf die Blockade zukommt, Zivis sind, also Polizistinnen und Polizisten, die als Atomkraftgegner verkleidet versuchen, sich unter den Widerstand zu mischen. Dem Fahrer blieb dann nur die Möglichkeit, die Füße in die Hand zu nehmen und das Weite zu suchen. Der Technische Trupp der nahenden Polizeikolonnen hatte dann sogar einen Schlüssel für diesen Schlepper und fuhr ihn zur Seite, bevor er den Sicherungskasten zerschlug und sämtliche Sicherungen und Relais ausraubte. So ist das mit der alljährlichen Liebe zwischen den Wendländern und der aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenen Polizei.

Martin Schulz

Castortransport 2011



Der Castor kommt, wir sind schon da!

Wenn dann ein Anruf kommt: Die Leute in Harlingen haben Hunger oder denen ist kalt, dann springt eine Maschinerie an, wo jedes Event Management neidisch werden würde. Und nur so ist es möglich, dass sich z.B. Menschen über 14 Stunden an einer Stelle festsitzen und trotzdem die gute Laune nicht verlieren.

Aber das ist nur ein Teil des Ganzen, wie viele freiwillige Helfer/innen im Hintergrund ohne je in den Medien erwähnt zu werden, teilweise schon Wochen vorher Verkehrskonzepte ausarbeiten, Plätze planen und abzäunen und, und...

Das ist beeindruckend und alles zusammen hat den Transport zum längsten aller Zeiten werden lassen. Das ist aber nur ein Maßstab, viel wichtiger ist die inhaltliche Diskussion über das Thema Atomausstieg und die ungeklärte Frage,

wohin mit dem Atommüll. Im Vorfeld gab es die große Ungewissheit, wie viel Sand konnten Frau Merkel und Herr Röttgen den Menschen mit ihrem „Atomausstieg light“ in die Augen streuen. Nichts ist festgeschrieben, so schnell, wie Frau Merkel die Laufzeiten für Atomkraftwerke im letzten Jahr verlängert hat und in diesem Jahr 9 Kraftwerke abgeschaltet, kann sie auch wieder einen Wandel in die andere Richtung vollziehen. War der Vorstoß von Herrn Oettinger in der EU zu Anfang des Monats schon mal ein kleiner Testballon? Und glaubt Herr Röttgen, man sieht den schwarzen Fleck Gorleben nicht auf seiner weißen Landkarte, mit der er die Endlagersuche ganz neu und ergebnisoffen beginnen will?

Seit fast 35 Jahren sollen wir hier mit

Halbwahrheiten und teilweise offenen Lügen beschwichtigt werden, das hat noch nie funktioniert. Der Salzstock Gorleben ist nicht nur aus geologischer Sicht ungeeignet, hier wurde auch auf der politischen Ebene so viel Porzellan zerbrechen, dass hier endlich ein Schlussstrich gezogen werden muss.

Politik braucht Tatsachen und Fakten, aber auch Vertrauen. Und Vertrauen, das hat der Castor Transport 2011 gezeigt, haben die Menschen in diese Bundesregierung nicht.

Monika Tietke

Betriebsspiegel:

58 Jahre, verheiratet, 2 Kinder:
Fritz (29) und Nele (28)
Naturland Betrieb,
LN 114 ha, davon 13,5 ha Grünland,
Kulturen: Dinkel, Roggen, Triticale,
Leguminosen, Körnermais, Kartoffel;
viehlos

Illegale Abholzungen straffrei

Unter dem Einfluss der mächtigen Agrarindustrie-Lobby sieht das neue brasilianische Waldgesetz vor, dass alle illegalen Abholzungen von Amazonas-Urwald bis 2008 straffrei bleiben sollen. Rinder- und Sojafarmer haben laut *Spiegel* bereits 20 % des Amazonasgebiets zerstört. Der Einfluss der großen Export- und Schlachtkonzerne ist so groß, dass auch die neue Präsidentin Rousseff wohl kaum ihr Veto gegen das Gesetz einlegen dürfte. Überraschend will nun die Abgeordnetenversammlung allerdings erst im März und nicht wie erwartet bereits dieses Jahr über das Gesetz entscheiden. Mehrere Abgeordnete wollen die Auswirkungen des Gesetzes auf die Landwirte kennen, bevor sie einen Beschluss fällen. Parallel dazu treibt die Regierung den Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte voran, trotz massiver Proteste wegen der Zerstörung des Urwalds und der Indianer-Reservate. pm

Malz-Multis

Die rasante Konzentration der Mälzereien setzt die mittelständischen Mälzereien weiter unter Druck. Mittlerweile stehen laut *dlz agrarmagazin* die vier größten deutschen Unternehmen unter ausländischer Führung: Avangar Malz unter russischer, German Malt (Grain Corp.) unter australischer sowie Malteurop und Durst Malz (Soufflet) unter französischer. Aber auch unter den weiteren Großmälzereien (IREKS, Heine, Erfurter, Global-Malt-Tivoli, Bestmalz, Bamberger) verschärft sich der Wettbewerb und mehren sich die Übernahmen. Dies geschieht nicht nur vor dem Hintergrund des sinkenden Bierverbrauchs, sondern auch der Konzentration im Biersektor. Die großen Braukonzerne wollen überregional beliefert werden, große Malzkonzerne können zudem schwankende Braugersten-Ernten europaweit besser ausgleichen. Experten erwarten infolge der Konzentration eine internationale Angleichung der Sorten und Preise bei Braugerste. en

Fleisch-Multis

Auf dem Weltmarkt für Fleisch dominieren nach Darstellung der *DLG-Mitteilungen* vor allem brasilianische und US-Konzerne: allen weit voran der brasilianische Rind-, Geflügel- und Schweinefleisch-Multi JBS, der bereits große US-Konkurrenten wie Swift und Beef Packers übernommen hat. Auf den folgenden Rängen die US-Konzerne Tyson (mit starker Geflügelfleischsparte), Smithfield (Schweinefleisch) und Cargill. Danach folgen brasilianische Schlachtkonzerne: die Geflügelkonzerne Pilgrim's Pride (in USA), Brazil Foods, Marfrig, Sadia und Perdigao. Erst an 7. und 9. Stelle die EU-Größten Danish Crown und VION, noch vor den drei chinesischen Unternehmen People's Food, Shineway und Yuran. Es folgen: die französischen Schlachtereien Doux (Geflügel) und Bigard (Schweine), Perdue (USA, Geflügel), Tönnies, Bertin (Brasilien), Hormel (USA), Charoen Pokphand (Thailand), Bachoco (Mexico) und Westfleisch. Die *Allgemeine Fleischerzeitung* hat ein Umsatz-Ranking der deutschen Fleischkonzerne erstellt: Branchenprimus ist Tönnies (mit 4,4 Mrd. €) vor Vion (3,7) und der PHW-Wesjohann-Gruppe (2,1), gefolgt von Westfleisch (1,9), Heristo (1,5), der Zur-Mühlen-Gruppe (0,8), Sprehe (0,7), Müller (0,7), Stolle (0,7) und Rothkötter (0,7). en

Futtermittel-Multis

Die holländische ForFarmers-Group übernimmt die unter dem Namen „Hendrix“ und „Reudink“ firmierenden deutschen, belgischen und niederländischen Kraftfutterwerke des Kraftfuttermultis Nutreco. ForFarmers steigt damit in die Liga der großen Kraftfuttermultis aus USA, Brasilien, China und Thailand auf. Nutreco seinerseits will seine Aktivitäten in den Schwellenländern und bei Fischfutter ausdehnen und gleichzeitig eine langfristige Partnerschaft mit ForFarmers anstreben. Der Rohstoffmulti Cargill übernimmt die niederländische Provimi-Holding, um mit deren Tierfütterzusätzen seine weltweiten Aktivitäten zu stärken. Die Agrifirm-Gruppe übernimmt die deutschen Hersteller KOFU und Strahmann. Dies sind die letzten Schlaglichter auf die verstärkte Internationalisierung bei den Mischfutterherstellern, vor allem mit Blick auf die wachsende Tierhaltung in Südamerika, Russland, China und Südostasien. Etliche der Futtermultis sind zudem Tochterfirmen und enge Beziehungen zu Konzernen, die agrarindustrielle Tierhaltung betreiben. So werden immer wieder Hinweise zitiert, wonach hinter dem Straathof-Schweinekonzern der Genetik- und Futtermulti Hendrix stehen soll und hinter dem Geflügelkonzern Plukon-Friki der Futtermittelhersteller Agrifirm. en

Kurzes am Rande

Spitzenjahr mit Zukunftssorgen

Rübenbauern fürchten Ende von Zucker-Marktordnung und Quoten

Die Zuckerindustrie steht vor einem sehr guten Geschäftsjahr mit hohen Zuckerpreisen auf dem Weltmarkt – wegen der wachsenden Zuckernachfrage in den Schwellenländern, wegen schlechter Rohrzucker-Ernten in Brasilien und wegen des hohen Zuckerbedarfs der Ethanol-Produktion in Brasilien und USA. Weil die EU-Zuckermarktordnung auf Druck der Welthandelsorganisation WTO eine Mengengrenzung auf 85 Prozent des inländischen Verbrauchs enthält und Importe durch Zölle begrenzt sind, mussten auch die Süßwaren- und Getränkehersteller deutlich höhere Zuckerpreise zahlen.

Nachzahlungen dank hohem Preis

Die Rübenanbauerverbände verhandeln derzeit mit den Zuckerfabriken über die Höhe der Nachzahlungen auf die gelieferten Rüben, zu der die Zuckerhersteller laut Zuckermarktordnung bei so hohen Zuckerpreisen verpflichtet sind. Im nächsten Jahr erwarten Experten zwar genug Zucker, aber die Ungewissheit über die Ernten in Brasilien, Russland oder Indien und über die Exportpolitik dieser Länder dürfte den Zuckerpreis auf dem Weltmarkt hoch halten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die EU zusätzliche Rübenzuckermengen (aus Überschuss-Rüben über die Quoten hinaus) für die Verwendung im Lebensmittelsektor freigegeben hat und zusätzliche Importmengen vom Weltmarkt gestattet. Unsicher bleibt nur, inwieweit die Rekord-Rübenenernte frostfrei-unversehrt in der bis Ende Januar verlängerten Verarbeitungskampagne in die Fabriken kommt.

Quote fällt 2015

Gleichzeitig ist klar, dass diese Sonderbedingungen nicht dauerhaft anhalten werden. Deshalb hat die Ankündigung des Endes der Zuckermarktordnung durch die EU-Kommission eine heftige Diskussion über die Zukunft des Zuckerrübenanbaus in Europa ausgelöst. Ab 2015 würde die Mengengrenzung durch Zuckerquoten (85 Prozent des inländischen Bedarfs) und der garantierte Mindestpreis wegfallen – vor allem unter dem Lobbydruck der zuckerverarbeitenden Konzerne der Süßwaren- und Getränkeindustrie, die auch noch die Senkung der Zölle beim Import von Zucker verlangen. Rübenanbauerverbände fürchten einen Fall der Rübenpreise unter 25 Euro/t und damit das Ende des Rübenanbaus und verweisen auf Arbeitsplatzverluste und das Ende der Versorgungssicher-

heit der Verbraucher. Sie beziehen sich dabei auf die heftigen Schwankungen der weltweiten Ernten und der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt. Auch die Ethanolproduktion aus Rüben wird dies nicht ausgleichen können.

Konzentrationswelle

In Brasiliens Zuckerrohrverarbeitung zu Ethanol kaufen sich derzeit ausländische Multis ein: Unter den fünf Größten ist nur noch Odebrecht/ETH-Brenco rein brasilianisch, die Rohstoff-Multis Dreyfus und Bunge haben große Marktanteile, außerdem die drei Ölkonzerne Raizen (Joint Venture zwischen Shell und dem brasilianischen Marktführer Cosan), BP und der halbstaatliche Energiekonzern Petrobras. Auch in Deutschland hat eine Konzentrationswelle dazu geführt, dass folgende Unternehmen mit ihren vielen ausländischen Fabriken folgende Marktanteile haben: Südzucker 25 %, Nordzucker 15 %, British Associated Food (British Sugar, inklusive der spanischen Azucarera) 12 %, Te-reos (Frankreich) 12 %, Cristal Union 8 % (Frankreich, inklusive Groupe Vermandoise), Royal Cosun (NL) 7 %, Pfeifer & Langen 7 %, und Polski Cukier 4 %. Die EU-Kartellbehörde hat aus diesem Grund bereits Bedenken wegen der geplanten Südzucker-Beteiligung an der britischen ED&F, einem der größten Zuckerhändler weltweit.

Sorge um Lieferrechte

Die Zuckerkonzerne lösen sich derweil allmählich vom heimischen Rübenzucker – mit der Verarbeitung von Rohrzucker (auch in Brasilien) und auch des nunmehr zugelassenen Zuckersatzstoffs Stevia. In vielen Zuckeraktiengesellschaften schwindet zudem der Einfluss der rübenanbauenden Landwirte zugunsten der nur noch dividenden-orientierten Aktionäre ohne Rübenanbau – zumeist ehemalige Landwirtschaftsfamilien, die ihre Aktien behalten und kein Interesse an hohen Rübenpreisen haben. Vielen Rübenbauern stellt sich die Frage, wem denn – nach Ende der staatlichen Quote – die Zuckerkonzern-Manager noch wie viel Rübenanlieferungs-Rechte zuteilen werden. In Leserbriefen haben viele Bauern deshalb eine unabhängigere und konsequentere Vertretung der Landwirtsinteressen gegenüber den Zuckerfabriken verlangt – durch wesentlich fabrikunabhängigere und konzernübergreifende Rübenanbauer-Verbände. en



Foto: BirgittH/pixelio

Wo ist der Bio-Skandal?

Kontrolle, Politik oder strukturelle Defizite

Es ist ein großer Etikettenschwindel, den eine Truppe von Betrügern – von denen sieben inzwischen verhaftet sind – über mehrere Jahre in Italien betrieben hat. Mitarbeiter einer Bio-Kontrollstelle und Handelsunternehmen verkauften mit dem Wissen von Agrarministerium und Behörden für 220 Mio. Euro konventionell erzeugte Produkte – vornehmliche Getreide und Saaten darunter Soja zur Verfütterung – als Bioware in alle Welt, auch nach Deutschland. Ob es 700.000 Tonnen oder 17.000 Tonnen sind, es ist der bislang größte und systematische Betrug, den die Biobranche zu verkraften hat. Nicht Erzeuger produzierten mit Maßnahmen, die sie nicht hätten einsetzen dürfen, sondern per Scanner, Kopierer, Stempel und Taschenrechner wurden Hektar umgestellt und Erzeugnisse umdeklariert. Durch die Unterstützung von zwei Mitarbeitern einer italienischen Kontrollstelle, von denen einer offenbar seine Methoden 2009 als Teilnehmer eines Workshops der europäischen Anti-Betrugs Initiative der Biokontrollstellen verfeinerte, wurden Böcke zu Gärtnern. Erst die italienische Steuerfahndung deckte unter dem klangvollen Namen „Operation gestiefelter Kater“ den Betrug auf.



Die Hälfte aller in Deutschland gegessenen Bioäpfel wird importiert, viele aus Italien, im aktuellen Betrugsfall spielen sie keine Rolle. Foto: BLE, Menzler

Reflex Kontrolle

Reflexartig setzen nun in der deutschen Politik die Rufe nach mehr oder strengerer oder anderer Kontrolle ein, als glaube man, damit zukünftig Betrug im Biobereich auszuschließen. „Im Biomarkt ist Betrügen lukrativ“, sagt Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), „auch deshalb muss, wer in diesem Markt arbeitet, seine Partner kennen.“ Selbst Verantwortung zu übernehmen ist seiner Ansicht nach entscheidend. Es ist selbstverständlich für ihn, dass aus dem aktuellen Fall gelernt werden kann und muss. Ob mehr Kontrolle mehr verhindern kann, hält Kontrollleur Reiner Claus von der Kontrollstelle BCS für fraglich. Vom konventionellen Handel und den großen Verarbeitungsunternehmen würde ein Riesenruck aufgebaut, so Claus, dabei mache der Einstieg der großen, anonymen Strukturen in den Biomarkt, Betrugsfälle von großem, organisiertem Umfang erst viel möglicher. Ihn ärgern Pressemitteilungen aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium wie diese: „Durch den Vorfall in Italien sieht sich das Bundesministerium

für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einmal mehr in seiner Forderung bestätigt, höhere Anforderungen an die Zulassung von Öko-Kontrollstellen zu stellen, wie dies mit der in Kürze beabsichtigten Einbringung einer Öko-Kontrollstellen-Zulassungsverordnung in den Bundesrat beabsichtigt ist.“ Sein Kommentar: „Klar ist schon jetzt, wer hierfür die Zeche zahlen wird: Vor allem kleine Betriebe, die die immer höheren Kontrollkosten und immer höheren Dokumentationsaufwand zu schultern haben.“ Dabei sollte die Politik sich an anderer Stelle in die

Pflicht nehmen, Claus wie auch Löwenstein vermissen ein stärkeres politisches Bekenntnis zum Ökolandbau in Deutschland und damit einhergehend die viel umfangreichere Umstellung von Betrieben. „Ich bin nicht gegen grenzübergreifenden Handel, aber es ist sehr traurig und gefährlich, wenn wir das, was wir hier erzeugen könnten, importieren müssen“, so Löwenstein. Dazu passen Zahlen, die aktuell unter anderem vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) erhoben worden sind. Danach werden 50 % der in Deutschland verkauften Möhren und Äpfel importiert, aber auch bei Getreide lag der Anteil um 20 %. Leguminosen, speziell Ackerbohnen kommen zu 25 % aus dem Ausland, dabei könnten und müssten sie eine selbsterzeugte Futtermittelalternative zum Soja sein, jenem Produkt, was einen hohen Importanteil (76 %) hat und wohl den Hauptteil der Betrugsware darstellt, die jetzt aus Italien zu uns gekommen ist. Hier fehlt es auch an Bekenntnissen innerhalb der Bioszene mit bestimmten strukturellen Entwicklungen – gerade im Futtermittelbereich – kritisch ins Gericht zu gehen. cs

Kurzes am Rande

Botulismus durch Geflügelkadaver?

Britische Wissenschaftler haben laut *d/z* einen deutlichen Anstieg von Botulismus bei Rindern und Schafen konstatiert, wobei 95 % der erkrankten Tiere einen Kontakt zu Mist aus Geflügelanlagen hatten. Dominierend waren bei den Untersuchungen Clostridiumbotulinum-Bakterien (Typ D), die in Geflügelbeständen auftreten. Besonders hoch sei die Gefahr, wenn die Einstreu Geflügelkadaver enthält. en

Gegen Vertiefung

An Elbe und Weser wehren sich Umweltschützer, Obstbauern und Milchviehhalter gegen die geplanten Vertiefungen, die noch größeren Frachtschiffen einen noch tide-unabhängigeren Weg zu den Häfen bahnen sollen. Es geht um die bedrohliche Veränderung des Lebensraums für Tiere und Pflanzen und um die Verlagerung der Salz-Süßwassergrenze und infolgedessen um die Versalzung von Gräben und von Beregnungswasser. Die geplante Weservertiefung wird vor allem mit der Verbilligung des angelandeten Sojaschrotts begründet – eine Expertise des BUND kritisiert diese Ausrichtung auf Importfuttermittel für die überholte Agrarindustrie im Weser-Ems-Raum als perspektivlos und beziffert den Preisvorteil je kg erzeugtem Fleisch auf Cent-Bruchteile. en

Gruppenhaltung

Die ab 2013 EU-weit vorgeschriebene Gruppenhaltung bei Sauen ist in Dänemark und in Holland bereits zu 70 % bzw. 60 % realisiert, in Frankreich, Spanien und Italien erst zu 30 %. Deutsche Sauenhalter haben ihre Ställe zu 50 % umgebaut, so eine Studie des dänischen Agriculture & Food Council. Die Abl fordert gerade für kleinere und mittlere Betriebe eine rasche und massive Umbauförderung, um einen Strukturbruch mit dem Ausscheiden vieler dieser Betriebe zu vermeiden. Bayern fördert Investitionen in diesem Bereich mittlerweile vorrangig. en

Rotlicht und Flurbereinigung

Hannovers Polizeipräsident Christian Grande wurde nach einer Feier in dem von Hells Angels kontrollierten Rotlichtviertel von seinem Posten abberufen und in die Referatsleitung „Landentwicklung und ländliche Bodenordnung“ des niedersächsischen Agrarministeriums versetzt. Die Abl Niedersachsen kritisiert diese Entscheidung der Landesregierung als „unerträgliche Geringschätzung landwirtschaftlicher Belange und Existenzen“ und verlangt die Besetzung der auch für Flurbereinigung zuständigen Referatsleitung durch kompetente Fachleute. en

Einigung über Milchpaket

Parlament, Ministerrat und Kommission haben sich im Dezember auf einen Kompromiss zur Regelung des EU-Milchmarktes geeinigt. Die neuen Regelungen sollen voraussichtlich ab Herbst 2012 greifen. Entschieden wurde unter anderem, dass sich Milchviehhalter europaweit in Erzeugerorganisationen bündeln dürfen, allerdings sollen dabei Obergrenzen von maximal 33 Prozent der nationalen und 3,5 Prozent der europäischen Milchmenge gelten. Jedes EU-Land soll zudem selbst entscheiden, ob es Molkereien dazu verpflichtet, Verträge mit ihren Lieferanten abzuschließen, die unter anderem Preis, Zahlungsfristen sowie Vereinbarungen über Sammlung und Anlieferung der Milch enthalten müssen. Genossenschaften sollen von dieser Regelung ausgeschlossen bleiben. Europäische Milchviehhalter zeigen sich enttäuscht über diesen Kompromiss zur Milchmarktregelung. „Das zuvor von den EU-Institutionen lauthals verkündete Ziel, die Erzeuger im Markt stärken zu wollen, ist eindeutig verfehlt worden und verkehrt sich sogar ins Gegenteil“, kritisiert Romuald Schaber, Präsident des European Milk Board (EMB). Er bemängelt die viel zu niedrigen Obergrenzen bei der Erzeugerbündelung. Der Marktanteil vieler Molkereien übersteige diese Bündelungsgrenzen bereits um ein Vielfaches, was die Verhandlungsmacht der klein gehaltenen Erzeugerorganisationen stark einschränke, so Schaber. Zudem könne die Position der europäischen Produzenten nicht verbessert werden, wenn jedes Land selbst entscheide, ob es Verträge zwischen Erzeuger und Molkerei verpflichtend einführt oder nicht, so der Präsident. Genossenschaftsmolkereien von dieser Regelung gänzlich auszuschließen, ist für das EMB nicht akzeptabel, da Molkereigenossenschaften hier weiterhin gnadenlos die Preise drücken könnten, so Schaber. mh

Weniger EU-Geld für Agrarumwelt

Vorschlag der EU-Kommission für die 2. Säule kürzt EU-Gelder ausgerechnet bei Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen

Das Reform-Paket der EU-Kommission enthält auch einen Verordnungs-Entwurf für die so genannte 2. Säule, die Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER). Während sich bei der Programmplanung für die Mitgliedsstaaten und Bundesländer vieles ändern soll, bleibt das heutige Spektrum an konkreten Fördermaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe im wesentlichen bestehen.

Ein Viertel für Agrarumwelt

Anders als in der noch bis Ende 2013 geltenden ELER-Verordnung will die Kommission den Mitgliedsstaaten ab 2014 nicht mehr vorschreiben, zu welchen Mindestanteilen sie die EU-Mittel auf die verschiedenen Schwerpunktbereiche bzw. Prioritäten der 2. Säule verteilen müssen. Zwei Ausnahmen gibt es: 25 Prozent der EU-Mittel sollen weiterhin für Klima- und Agrarumweltmaßnahmen, Ökolandbau und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete eingesetzt werden, fünf Prozent sind für LEADER einzusetzen. Die Palette der Agrarumweltmaßnahmen bleibt im wesentlichen bestehen. Die auffälligste Änderung ist, dass die Umstellungs- und die Beibehaltungsförderung für ökologische/biologische Landwirtschaft einen eigenen Status

erhalten. Der Anteil an Agrarumweltmaßnahmen reduzieren will, droht die Attraktivität der Agrarumwelt- und Ökoförderung für die Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländer erheblich abzunehmen. Heute übernimmt die EU bei Agrarumwelt- bzw. Klimamaßnahmen generell 55 Prozent in normalen Gebieten und 65 Prozent in weniger entwickelten Regionen, wie heute noch Ostdeutschland. Die neue ELER-Verordnung sieht in normalen Gebieten generell nur noch 50 Prozent vor, während der reguläre Satz in weniger entwickelten Regionen auf 85 Prozent steigt, aber Ostdeutschland fällt aus den Konvergenzgebieten raus.

Es bleibt nur dabei, dass der generelle EU-Anteil um 10 Prozentpunkte erhöht werden kann für bestimmte Maßnahmen, die auf die so genannten „neuen Herausforderungen“ wie Klimaschutz und Biodiversität abzielen. Soll es also insgesamt nicht zu erheblichen Kürzungen bei den Maßnahmen kommen, müssen vor allem die neuen Bundesländer und der Bund ihre Anteile erheblich erhöhen.

Investitionsförderung

Die Regeln zur Investitionsförderung werden in der Verordnung zwar ganz neu strukturiert, aber für die Betriebe

die Kommission den Mitgliedsstaaten, die dazu eine Analyse vorlegen müssen. Neu eingeführt wird die Pflicht, für sämtliche Investitionsförderungen eine

2) Förderung von landwirtschaftlichen „Fonds auf Gegenseitigkeit“, die bei Einbußen infolge von Tierseuchen oder Pflanzenkrankheiten



... muss der europäischen Gemeinschaft mehr Wert sein

Foto BLE/Stephan

vorherige Prüfung der Umweltauswirkungen vorzulegen, sofern negative Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind. Für den Tierschutz sind solche vorherigen Prüfpflichten weiterhin nicht vorgesehen.

Die Fördersätze für Investitionen bleiben bei maximal 40 Prozent (50 Prozent in weniger entwickelten Regionen), wobei dieser Satz um jeweils bis zu 20 Prozentpunkte angehoben werden kann für Junglandwirte, in benachteiligten Gebieten, für Gemeinschaftsinvestitionen sowie bei Einbindung der Maßnahmen in die „Europäische Innovationspartnerschaft“. Der Satz darf in der Summe damit auf maximal 90 Prozent steigen, was mehr als verrückt ist.

Risikomanagement

Mit der Förderung des „Risikomanagement“ will die Kommission einen ganz neuen Förderblock in der 2. Säule unterbringen. Darunter zählt die Kommission drei Maßnahmen auf:

1) Förderung von Beiträgen der Betriebe für Versicherungen (Ernte, Tier, Pflanzen) gegen Einbußen aufgrund von Extremwetterereignissen, Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall. Die Versicherungen müssen Einbußen von mehr als 30 Prozent eines Dreijahresdurchschnitts absichern. Gefördert werden die Landwirte direkt, und zwar bis zu maximal 65 Prozent der entsprechenden Versicherungsbeiträge.

oder Umweltvorfällen einspringen, vergleichbar mit der deutschen Tierseuchenkasse. Die Förderung wird hier nicht an die Landwirte, sondern an die Fonds gezahlt, und zwar vor allem für die Entschädigungszahlungen der Fonds an Landwirte. Auch hier beträgt die Förderung maximal 65 Prozent.

3) Förderung von landwirtschaftlichen „Fonds auf Gegenseitigkeit“ für starke Einkommensrückgänge. Die Förderung wird gezahlt an den Fonds, sofern der Fonds einspringt, wenn die Einkommen von Betrieben um über 30 Prozent gegenüber einem Dreijahresdurchschnitt abfallen. Der Einkommensausgleich, der vom Fonds ausgezahlt wird, darf den Einkommensausfall um maximal 70 Prozent ausgleichen. Für diese Zahlung erhält der Fonds wiederum maximal 65 Prozent an Förderung. Die Mitgliedsstaaten können die Fördermaßnahmen anbieten, müssen das aber nicht. Die ersten beiden Förderbausteine sind bisher in der 1. Säule der Agrarpolitik angesiedelt; sie sind dann zu finanzieren aus einer nationalen Umverteilung von Direktzahlungen. Der dritte Baustein ist gänzlich neu und gehört, wenn überhaupt, eigentlich klar in die 1. Säule. Die Gefahr ist groß, dass diese Förderbausteine den anderen Maßnahmen der 2. Säule viel Geld streitig machen werden. uj



Die Schönheit der Natur...

Foto: BLE/Menzler

erhält. Während jedoch Agrarumweltmaßnahmen von den Mitgliedsstaaten verpflichtend angeboten werden müssen, schreibt das der Entwurf für die Ökopremien nicht vor.

EU-Kofinanzierung sinkt

Dadurch, dass die EU ihren Finanzie-

dürfte sich hier von der EU-Seite her wenig ändern. Allerdings werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben (z.B. für Stallbauten) auf solche Betriebe zu beschränken, „die eine bestimmte Größe nicht überschreiten“. Diese „Größe“ festzulegen, überlässt

Von Landfressern und bürokratischen Monstern

Was die DBV-Kampagne zum Landverlust mit der Agrarreform zu tun hat

Der deutsche Bauernverband macht Kampagne. Plakative, einfache Botschaften, bei denen viele auch nichtlandwirtschaftliche Menschen mitgehen können, werden medial breit gestreut. Dass dabei Zusammenhänge hergestellt oder Behauptungen aufgestellt werden, die schlicht falsch sind, ist gewollt. Die Kampagne heißt: „Stoppt Landfraß“ und richtet sich vordergründig gegen den zunehmenden Verlust landwirtschaftlicher Flächen. Dazu gibt es im Internet einen Ticker, der eindrücklich veranschaulicht, wie viel Land täglich, minutlich, stündlich verloren geht, und eine Unterschriftenaktion, die in eine Bundestagspetition münden soll. Zum Beweis, sich mit der Thematik in der Mitte der Gesellschaft zu befinden, führt der Bauernverband die Studie des Osnabrücker Meinungsforschungsinstituts „Produkt und Markt“ an: „Nach der repräsentativen Untersuchung sprechen sich 67 % der Bevölkerung für einen gesetzlichen Schutz von Äckern und Grünland vor Bebauung aus.“ Terminlich gut platziert zum Tag des Bodens am 5. Dezember appellierte der Bauernverband dementsprechend an alle Bürger in Deutschland, sich stärker mit dem Schutz der Ressource Boden auseinanderzusetzen. Damit befindet er sich in der guten Gesellschaft von Bioverbänden und Naturschutzorganisationen, die zu diesem Datum ebenfalls den Bodenschutz anmahnen. Dass diese als Maßnahme eine andere Art von Landwirtschaft empfehlen als der Bauernverband, fällt vielleicht schon nicht mehr jedem auf.

Bürokratisches Monster

Mehr oder weniger im Kleingedruckten der „Stoppt Landfraß“-Kampagne kann man aber auch lesen, dass der Bauernverband dem doppelten Landfraß den Kampf ansagt: einerseits dem Verlust von Flächen

durch Versiegelung, andererseits auch dem Verlust von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion an den Naturschutz als Ausgleichsmaßnahmen. Darüber hinaus wird dann der Bogen geschlagen, um den es – so darf man dem DBV unterstellen – dem Verband eigentlich geht: Kritik am Greening bzw. vornehmlich an der Maßnahme der Ausweisung ökologischer Vorrangflächen in den Agrarreformvorschlägen des EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos. Eine „Stilllegung“ von 7 Prozent der Ackerfläche wird beklagt und vor dem Hintergrund der Welternährungsproblematik mit Dramatik versehen. Die Dramaturgie der Kampagne lässt gefühlt einen Sturm der Entrüstung übers Land rollen, der letztlich nichts anderes ist, als die konzertierte Choreografie der nacheinander folgenden Veranstaltungen oder Presseveröffentlichungen der einzelnen Landesbauernverbände. BBV- und DBV-Präsident Gerd Sonnleitner gibt sich betont moderat-sachlich, wenn er sagt: „Wer in Zeiten einer angespannten Welternährungslage und einer intensiven Suche nach Alternativen zur bisherigen Energiepolitik ausgerechnet 7 % Stilllegung in jedem landwirtschaftlichen Betrieb als Nachhaltigkeit ausgibt, der liegt falsch.“ Er empfiehlt allerdings auch, „dass sich die Bauern der geplanten Begrünung der Direktzahlungen nicht komplett verwehren sollten.“ Sonnleitner weiß, für schärfere Töne, die folkloristischer die Mitglieder berauschen, kann er sich auf andere verlassen: z.B. den Präsidenten des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd, Norbert Schindler. Der sagt, die Greening-Pläne seien ein „bürokratisches Monster“ und „eine Zumutung für jeden Landwirt“. Besonders die ökologischen Vorrangflächen, die einer Stilllegungsverpflichtung gleichkämen, seien vor dem Hintergrund einer weltweit

steigenden Nahrungsmittelnachfrage unverantwortlich. Ähnlich deutliche Worte fand der Vorsitzende des Fachausschusses Agrarpolitik des Landesbauernverbands Brandenburg Henrik Wendorff: „Die Zwangstilllegung von Ackerland ist angesichts des steigenden Rohstoffbedarfs kein Weg, der in die Zukunft führt.“ Greening an Flächenstilllegung zu koppeln sei sogar kontraktproduktiv, so Wendorff. Dann wirkt es auch gar nicht mehr reißerisch, wenn Sonnleitner formuliert: „Wenn auf diesen Flächen weder Nahrungsmittel, Futter noch Energiepflanzen angebaut werden dürften, kommt das faktisch einer „Zwangstilllegung“ gleich. Dann soll man es auch so nennen.“

Argumentationskeule Hunger

Der DBV lässt verlautbaren, Brüssel leugne die Mitverantwortung der EU an einer ausreichenden Weltversorgung. Spitzzünftig kommentiert dazu die Wiener Tageszeitung *Der Standard*: „Kaum werden ökologische Bedingungen für Förderungen diskutiert, wird also schon die Argumentationskeule der „Versorgungssicherheit“ ausgepackt: Selbstverständlich muss es eine Balance zwischen Produktivität und Ökologisierung geben. Aber eines darf nicht passieren: Dass die Begehrlichkeiten einer industrialisierten Produktion über das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft gestellt werden. In anderen Bereichen der Wirtschaft sind Umweltauflagen eine Selbstverständlichkeit. Es wäre nicht einzusehen, warum ausgerechnet im Agrarsektor die maximale Produktivität das allein bestimmende Maß sein sollte.“ Die Frage der Welternährung ist – da sind sich unabhängige Experten einig – in erster Linie eine Frage der Verteilung, nicht der Produktionssteigerung. Sie ist aber auch zunehmend eine Debatte um die wachsende Konkurrenz zwischen

Nahrungsmittel- und Energieerzeugung. Diesen Aspekt lässt der Bauernverband in seiner Kampagne geflissentlich weg, schließlich ist seinem Klientel der Agrarindustriellen das durch Bioenergie gefüllte Portmonee wohl näher als der gefüllte Magen des Hungernden. Der Bauernverband hatte im Oktober 2011 eine Entschließung für ein Gesetz zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen verabschiedet: „Ziel des DBV und seiner Landesverbände ist es, die Wachstumsziele für die Energie- und Rohstoffproduktion aus Biomasse mit den tatsächlich vorhandenen Produktionskapazitäten verlässlich abzustimmen und die land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen im Rahmen der Energiewende zu schonen.“

Gefühl und Verstand

Gerd Sonnleitner überreichte die ersten Unterschriften der Kampagne an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Die beeilte sich festzustellen, dass die Pläne der EU in die falsche Richtung gingen. Eine Herausnahme von 7 Prozent der Acker- und Dauerkulturflächen aus der produktiven landwirtschaftlichen Nutzung sei „sehr einseitig gedacht“, formulierte Aigner und weiter: „Ich werde mich in Brüssel dafür einsetzen, dass Nahrungsgüter- und Rohstoffproduktion auf der gesamten Fläche nachhaltig erfolgt – und nicht nur auf 7 %.“ Sie werde es nicht zulassen, an dieser Stelle eine „neue Konkurrenzsituation zum Umweltschutz“ aufzubauen. Rhetorisch liegt Aigner da ganz nah beim Bauernverband und macht sich ebenso wie er der bewussten Stimmungsmache gegen die Agrarreform durch Umdeutung schuldig. EU-Kommissar Dacian Ciolos wird nicht müde zu betonen, dass es nicht um Flächenstilllegung gehe, sondern um Flächen, die bislang nicht förderfähig gewesen seien und nun in die Kalkulation miteingerechnet werden könnten. „In der Praxis ist dies eine Frage, die Flächen mit der geringsten Produktivität betrifft, oder solche Flächen, auf denen, wie in einigen Fällen, derzeit nichts produziert wird, weil sie für Unterstützungsmaßnahmen ungeeignet sind“, sagte er in einem Interview der österreichischen *BauernZeitung* und fährt fort: „Meine Absicht ist, dass unsere Vorgabe an alle Bauern, ein bisschen mehr zu tun, einen starken Effekt innerhalb der gesamten EU haben wird. Meinem Gefühl nach hat die Kritik eingesetzt, bevor die Kritiker unsere Vorschläge gründlich gelesen und die Details verstanden haben.“ Mit seinem Gefühl liegt er da nicht ganz richtig – die Kritiker lesen gründlich und verstehen Details, sie wollen sie aber nicht. cs



Wenn Acker zu Autobahnen wird ...

Foto: Hermsdorf/pixelio

Stickstoff – aus der Luft gegriffen

Leguminosenanbau ist Zukunftswirtschaft!

Unsere, meist auf fossilen Energieträgern beruhende Wirtschaftsweise, und da nimmt sich die Landwirtschaft nicht aus, wird sich einem starken Wandel unterwerfen und Produktionssysteme entwickeln müssen, die die Ausnutzung von quasi gratis vorhandenen Quellen wie zum Beispiel Sonnenlicht und Luftstickstoff nutzen. Sie müssen also den Übergang von der öl- hin zur solargesteuerten Landwirtschaft leisten. Natürlich wäre auch in der Zukunft eine technische Lösung auf Grundlage von regenerativen Energien denkbar, aber Leguminosen sollten durch ihre sozusagen „eingebaute“ Fähigkeit der Luftstickstofffixierung einen wesentlichen Beitrag leisten.

Zu dieser Thematik sind viele Zahlen- und Spielereien vorstellbar, die einige Bücher füllen könnten. Einige wesentliche Aspekte hat Knut Schmidtke, Professor für Ökologischen Landbau an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden, auf dem 1. Körnerleguminosentag am 22. November 2011 in Haus Düsse (NRW) dargestellt.

Haber-Bosch energieaufwendig

Die energieaufwendige technische Produktion von Stickstoff durch das Haber-Bosch-Verfahren beruht zu meist auf dem Input von Erdgas. Bei diesem Verfahren entsteht bei einem Überdruck von 150 bis 250 bar und Temperaturen von 400 bis 500 °C aus Luftstickstoff, Methan und Wasserdampf Ammoniak. Durch diese energieintensive Herstellung,

entfallen etwa 1,4 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs auf das Haber-Bosch-Verfahren. Das heißt mit anderen Worten: Für die Produktion von 200 kg mineralischen Stickstoff wird der Energiegehalt von 230 Litern Diesel benötigt. Dies entspricht auch ungefähr der Stickstoffmenge, die zum Beispiel intensiv geführten Weizenbestände je Hektar zugeführt wird. Die klimarelevanten Aufwendungen für die Bereitstellung von einem kg Mineral-Stickstoff liegen je nach Studie zwischen 5,8 bis 7,8 kg CO₂ je kg Stickstoff. Die Menge von 5,8 kg CO₂ je kg Stickstoff entspricht etwa einer Fahrt mit dem PKW (150 g CO₂/ km) von 40

km. Die gesamten Emissionen der Bereitstellung von mineralischen Düngemitteln in Deutschland liegen im Schnitt der Jahre 2002 bis 2009 bei ca. 10 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.

Fruchtfolgebeglucker

Leguminosen fixieren unterschiedlich viel Luftstickstoff. Die größten Unterschiede resultieren aus der Pflanzart und der Messmethode. Knut Schmidtke nannte Zahlen für die Ackerbohne von 230 kg N/ha und bei der Luzerne in Reinsaat von 340 kg N/ha. Hiervon wird natürlich ein Großteil bei der Ernte abgefahren, aber in der Regel bleiben

dann doch positive N-Salden, die je nach Ertrag und Kulturart zwischen 20 bis 100 kg N/ha betragen können. Dies wird dann auch an den höheren Erträgen der Nachfolgefrucht deutlich, die im konventionellen Landbau im Vergleich zur Vorfrucht Weizen zwischen 7 bis 15 dt/ha bedeuten. Hier spielt auch die Unterbrechung von Infektionsketten in getreide-reichen Fruchtfolgen eine Rolle. Versucht man eine monetäre Bewertung der Stickstofffixierung der Leguminosen auf der Grundlage von Stickstoffpreisen aus dem Wirtschaftsjahr 2007/08 landet man für Deutschland bei 58,6 Millionen Euro. Diese stolze Summe ergibt sich schon bei dem bislang äußerst bescheidenen Anbauumfang von gerade mal drei Prozent der Ackerfläche, auf denen zum Beispiel Luzernegras, Bohnen oder Erbsen angebaut werden. Welch unglaubliches Potential hier noch schlummert, lässt sich hochrechnen.

Lebendiger Klimaschutz

Wer die Aspekte Ressourcenschonung, Minimierung der Eiweißlücke und Treibhausgase im Focus hat, muss sich dafür einsetzen, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Leguminosen zurück auf den Acker bringen!

*Christoph Dablmann,
Projektleiter des AbL-NRW-Projektes
Vom-Acker-in-den-Futtertrog
Infos: dablmann@abl-ev.de; weitere Infos:
www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de.*



Stickstoffproduzenten bei der Arbeit

Foto: BLE/Stephan

Gewerkschaft fordert Mindestlohn

Alle Angestellten in der Landwirtschaft sollen in Zukunft von besseren Löhnen profitieren. Arbeit würde mehr Wertschätzung erfahren

Besorgt über CDU-Pläne für einen Mindestlohn äußern sich Vertreter der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen. Insbesondere der Mindestlohn für Saisonarbeiter sei angesichts der vielen Handarbeiten bei Sonderkulturen nicht zu erwirtschaften und bedeute eine Wettbewerbsbedrohung durch die ausländische Konkurrenz. Der Hinweis darauf, dass die Löhne der fest angestellten landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ohnehin über dem diskutierten Mindestlohn liegen würden, dürfte allerdings an der Realität vieler

Betriebe vor allem auch in Ostdeutschland und in der Agrarindustrie vorbei gehen. Oft werden den Arbeitsverträgen bereits Antragsformulare für Wohngeld und Hartz IV-Lohnaufstockung beigelegt – so dass der Staat die Arbeitskosten mitfinanziert. Die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert deshalb für die 290.000 Beschäftigten in der deutschen Landwirtschaft rasch einen Mindestlohn von 8,50 Euro und mittelfristig von 10 Euro – damit „die Menschen auf dem Feld und im Stall“ von ihrer Arbeit leben könnten und

nicht von Altersarmut bedroht seien. Für Saisonarbeiter will die IG Bau einen Mindestlohn von „7 Euro plus X“ erreichen. Angesichts eines Organisationsgrads von etwa 10 Prozent hätte ein Mindestlohn in dieser Branche eine große Bedeutung. Die europäischen und internationalen Gewerkschaften engagieren sich zudem für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen sklavenarbeitsähnliche Verhältnisse in vielen Ländern. Befürworter eines Mindestlohns weisen darauf, dass höhere Löhne in der Agrarindustrie auch den Bauern

nützen würden, weil sie dann ihren eigenen Lohnanspruch nicht mehr auf das Niveau der Dumpinglohn-Konkurrenz herunterschrauben müssten. Auch wegen der Attraktivität der Branche für dringend gesuchte qualifizierte Mitarbeiter müsse eine gute Entlohnung eine Selbstverständlichkeit sein. Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter zum Beispiel begründet seine Forderung nach fairen Erzeugerpreisen auch damit, dass die Milchbauern auch Mitarbeiter zu fairen Bedingungen einstellen wollten. *en*

Bundesregierung lobbyiert für Pflanzenzüchter

Überarbeitung des EU-Sortenschutzrechts von Bundeslandwirtschaftsministerium eingefordert

Normalerweise ist es eher nichtssagend, was Regierungsbeamte auf offizielle Anfragen von Parlamentariern antworten. So geht EU-Verbraucherschutzkommissar John Dalli in seiner Antwort auf die Anfrage der SPD-Abgeordneten im EU-Parlament, Ulrike Rodust, überhaupt nicht darauf ein, dass es hier in Deutschland einen Konflikt zwischen Bauern und Bäuerinnen und den Pflanzenzüchtern in Sachen Nachbaugebühren gibt, der durchaus eine Rolle in der von der EU durchgeführten Evaluation des Sortenrechts spielt. Dabei war er von Rodust explizit danach gefragt worden, schließlich hatte sie zuvor ein Treffen dazu mit Vertretern der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, (IGN) gehabt. Von Dalli gibt es nur ein lapidares: „Die Kommission hat im Jahr 2010 eine Studie zur Evaluierung der Sortenschutzverordnung in Auftrag gegeben. Der Evaluierungsbericht wurde 2011 auf einer Konferenz vorgestellt. Die Empfehlungen wurden mit den Akteuren erörtert; einige davon würden rechtliche Änderungen erfordern. Die Kommission wird auf der Grundlage der Beiträge einen Aktionsplan ausarbeiten.“

Deutliche Worte

Deutliche Worte hingegen fand die Bundesregierung, die zur selben Sachlage von der SPD-Bundestagsabgeordneten Elvira Drobinski-Weiß angefragt wurde: „Die Überprüfung des gemeinschaftlichen Sortenrechts wurde nicht zuletzt auf Initiativen der Bundesregierung in Angriff genommen. Hintergrund für die Überprüfung waren vielfache rechtliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Nachbauregelung. (...) Die im Abschlussbericht des Evaluierungsvorhabens niedergelegten Ergebnisse

bestätigen u. a. die bekannten Defizite im Bereich der Nachbauregelung. Die Europäische Kommission hat angekündigt, im Laufe des Jahres 2012 einen Aktionsplan zur Weiterentwicklung des EU-Sortenschutzrechts vorzulegen. Die Bundesregierung wird die Vorlage des Aktionsplans der Europäischen Kommission abwarten und nach Prüfung über das weitere Vorgehen entscheiden“, so schreibt der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Gerd Müller, CDU. Kein Wort davon, dass es gerichtliche Grundsatzentscheidungen auf Bundes- und EU-Ebene gibt, die die Sortenschutzgesetzgebung in Sachen Nachbauregelung dort korrigiert haben, wo Fragezeichen zwischen den Ansprüchen der Züchter und den Rechten der Bauern und Bäuerinnen bestanden. Matthias Miersch, Anwalt der IG Nachbau, spricht von Ergebnissen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs, die durch die Gerichte produziert wurden. Die Bundesregierung hat allerdings wohl nur auf das Wehklagen der Züchter gehört, die durch die Gerichte in ihren Ansinnen pauschaler Auskunftspflichten und hoher Gebührensätze ausgebremst wurden, und sich entsprechend in Brüssel eingesetzt. Die Ergebnisse der EU-Evaluation sind ganz in ihrem Sinne, auf der obligatorischen Anhörungskonferenz, erhielten die Kritiker – sprich die Vertreter der bäuerlichen Seite – kaum Gelegenheit, etwas vorzubringen. In einem Kommentar dazu schreibt Susanne Gura vom Dachverband Kulturpflanzen und Nutztiervielfalt: „Die Evaluierung des EU-Sortenschutzrechts ist für Bürger und Verbraucher in der EU und außerhalb der EU, die sich um Klima, Umwelt und Gerechtigkeit sorgen, eine herbe Enttäuschung. Die völlig unbegründeten positiven Ergebnisse hinsichtlich der Innovationsför-

derung des Sortenschutzes dürfen weder administrativ noch politisch geduldet werden. Selten ist die Macht einer Lobby in Brüssel so bedrückend deutlich gewesen wie am 11. Oktober 2011 in den Konferenzräumen des Europäischen Parla-



Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) setzt sich nicht nur auf der Grünen Woche für die Anliegen der Pflanzenzüchter ein. Foto: BMELV

mentes.“ Wen wundert es, wenn man weiß, dass sich die Züchter der Unterstützung des Berliner Agrarministeriums schon mal sicher sein können. Wo bleibt da eigentlich der angekündigte Widerstand des Bauernverbandes? cs

Europas Justitia erneut gefragt

Darf die STV mehr als Nachbaugebühren geltend machen?

Erneut steht eine wegweisende Gerichtsverhandlung im Zusammenhang mit den Nachbaugebühren vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg an. Am 18. Januar 2012 werden die obersten Europäischen Richter über den von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) eingeführten Tatbestand des „verhehlten Nachbau“ entscheiden. Diesen Begriff verwendet die STV für ihre Unterstellung gegenüber Bauern und Bäuerinnen, wissentlich die Zahlung von Nachbaugebühren zu verweigern, obwohl sie Zahlungsaufforderungen erhalten haben. Sie verlangt dann nicht nur die jeweiligen Nachbaugebühren, sondern auch Schadensersatz. Als diesen veranlagt sie dann statt der vorgesehenen

Nachbaugebühr (50 Prozent der Z-Lizenz) die komplette Z-Lizenz. Das bayerische Oberlandesgericht, das unter anderem mit einem solchen Fall befasst war, reichte den Vorgang an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe weiter, der ihn wiederum dem EuGH vorlegte. Der angeklagte Bauer, Mitglied der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, hatte im Verlauf des Verfahrens die ausstehenden Nachbaugebühren an die STV überwiesen und die Differenz bis zum von ihr eingeforderten Betrag der vollen Z-Lizenz nur unter Vorbehalt entrichtet. Unter eben dem Vorbehalt, dass der EuGH zu der Auffassung gelangt, dass es keinen Tatbestand des verhehlten Nachbaus gibt und die

STV keinen Schadensersatz geltend machen kann. Nur unter Vorbehalt gezahltes Geld kann hinterher zurückgefordert werden. Für die STV ist dies Vorgehen allerdings inakzeptabel, sie will alles sofort ohne Vorbehalt (damit sie es auch im Falle einer EuGH-Entscheidung zu ihren Ungunsten behalten kann). Dies lehnte allerdings schon das vorinstanzliche Landgericht in München ab und gestand damit dem Beklagten sehr wohl zu, nur unter Vorbehalt zu zahlen. Es sei kein „schützenswertes Interesse“ der STV, so das Gericht, sie müsse einfach abwarten, wie der EuGH entscheide. Es wird erneut spannend, also, auf nach Luxemburg! cs

Infos: Georg Janßen Tel: 04131 407757

„Vollständiger Schutz unwahrscheinlich“

Phytophthora und gentechnische Lösungen – ein Interview mit Christian Schüler, Agrarwissenschaftler der Universität Kassel in Witzenhausen

Die BASF arbeitet an ihrer gentechnisch veränderten Speisekartoffel Fortuna. Sie soll gegen Kraut- und Knollenfäule resistent sein.

Unabhängige Bauernstimme: Kraut- und Knollenfäule – Phytophthora infestans – ist eine der – wenn nicht die wichtigste ertragsbegrenzende Krankheit im Kartoffelanbau, warum ist das so?

Christian Schüler: Phytophthora kommt sicher – jedes Jahr. Ausnahmen sind vielleicht sehr trockene Sommer. In ganz schlechten Jahren kann sie zu sehr hohen Ertragsausfällen führen, bis zu 70 Prozent, wenn nicht gespritzt würde. Die Krankheitsentwicklung ist sehr stark von den aktuellen Witterungsverläufen abhängig. Das Problem bei der Kraut- und Knollenfäule ist die Aggressivität des Erregers und seine relativ schnelle Überwindung von Resistenzen. Die Aggressivität und Anpassungsfähigkeit ist in den letzten 10 bis 15 Jahren noch gestiegen, weil ein neuer Erregertyp, der sich sexuell vermehren kann, aus Amerika eingeschleppt wurde. Hinzu kommt, dass der Befall immer früher auftritt und die Kartoffel so immer weniger Zeit für die Ertragsbildung hat. Zudem spielt die latente Infizierung der Pflanzkartoffeln eine zunehmende Rolle.

Die latente Infizierung von Kartoffeln?

Früher waren die Lagerbedingungen von Kartoffeln nicht so gut wie heute und die Knollen- oder Nassfäule ist während der Winterlagerung ausgebrochen. Heute wird das durch optimierte Temperaturführung und Trocknung unterdrückt. Problematisch ist, dass man den Pflanzkartoffeln die vorhandene Infektion nicht ansieht. Nach dem Auspflanzen entwickelt sich die Phytophthora und kann entweder über das Bodenwasser an Nachbarknollen gelangen oder im Stängel hoch wachsen, das Blatt infizieren und sich dann im Bestand ausbreiten. Untersuchungen zeigen, dass durchschnittlich 10 Prozent der Knollen einer Pflanzgutpartie latent mit Phytophthora infestans infiziert sein können.

Phytophthora ist also immer da. Welches sind die klassischen Bekämpfungsmöglichkeiten im konventionellen Anbau?

Die Beratung im konventionellen Landbau empfiehlt eine drei Phasen-Spritzfolge. Spritzstart ist möglichst einige Tage bevor der Pilz im Bestand sichtbar ist. Hierzu werden die Warndienste verfolgt und die Bestände müssen regelmäßig kontrolliert werden. Je nach Infektionsdruck muss dann bei guten Bedingungen alle 14 Tage gespritzt werden, bei sehr starkem Druck sogar jeden zweiten Tag. Das Abschluss- oder Stoppspritz tötet das Kartoffel-

kraut ab – dort ist der Erreger aktiv – und soll verhindern, dass die Sporen in den Boden gelangen bzw. dass durch das Roden beschädigte Kartoffeln infiziert werden. Insgesamt kann das zwei bis drei, aber auch bis zu ca. neun Spritzungen pro Saison bedeuten.

Und was macht der Ökolandbau?

Im Öko-Kartoffelanbau liegt der Schwerpunkt auf vorbeugenden Maßnahmen: Das eine ist die Sortenwahl, hier sind Sorten mit einer möglichst raschen Jugendentwicklung zu präferieren. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Vorkeimen der Kartoffeln. Beim Vorkeimen wird die Kartoffel entweder durch bestimmte Licht- und Wärmeverhältnisse in „Keimstim-



Für Sie in der Entwicklung!

Foto: BASF

mung“ gebracht, so dass eine gleichmäßige Keimung gestartet wird, oder man wartet, bis die Keime 1 bis 2 mm aus der Kartoffel raus gewachsen sind. Beides – Sorten mit möglichst rascher Jugendentwicklung und Vorkeimen – soll zu einem schnellen Wachstum und viel Ertragsentwicklung führen, bevor Phytophthora die Bestände hinweg rafft. Allein das Vorkeimen kann bei mittlerem Befall 20 Prozent Mehrertrag bringen. Wichtig ist auch, dass den Kartoffeln in der Wachstumszeit ausreichend Nährstoffe – vor allem Stickstoff – zur Verfügung stehen. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Vermeidung einer Erstinfektion. Am schwersten ausschließbar sind latent befallene Pflanzkartoffeln.

Gibt es auch kurative Maßnahmen?

Ja! Auch im Ökolandbau wird der Warndienst verfolgt und der Bestand muss ständig kontrolliert werden. Wenn eine Infek-

tion möglich ist, kann Cupruzin, ein Kupferpräparat, eingesetzt werden. Maximal darf laut EU-Richtlinie 3 kg reiner Wirkstoff pro Hektar und Jahr ausgebracht werden. Viele Verbände haben eine darunter liegende Selbstbeschränkung, die bei 1,5 kg liegt. Erfahrungsgemäß kommen die Bauern auch damit aus. Ziel ist es, den Krankheitsverlauf der Phytophthora zu verzögern, um ausreichend Ertragsbildung bis Mitte/ Ende Juli zu erreichen.

Kupfer ist nicht unumstritten...

Kupfer hat einige umweltproblematische Nebenwirkungen, z. B. schädigt es Regenwürmer und Wasserorganismen. Das Umweltbundesamt (UBA) will Kupfer deshalb verbieten. Nicht wenige Öko-Kartoffelanbauer stecken in dem Dilemma, aufgrund der in den vergangenen Jahren extrem gestiegenen Qualitätsanforderungen nicht auf Kupfer verzichten zu können. Im Vergleich zu Dauerkulturen wie Obst-, Wein- und Hopfenanbau sind die eingesetzten Kupfermengen im Kartoffelanbau sehr gering, aber mindestens in der Kommunikation mit den Kunden ein Problem. Viele Direktvermarkter verzichten auf den Kupferreinsatz.

Gibt es einen pflanzenzüchterischen Ausweg aus der Phytophthora?

Besonders im Speisekartoffel ist es eine besondere Herausforderung, Phytophthora-Resistenzen mit guten Kartoffelqualitäten zu kombinieren. Hinzu kommt, dass es um polygene Resistenzen gehen sollte, also eine Verortung der Resistenzeigenschaften auf mehreren Genen, weil diese sehr viel schwerer zu durchbrechen ist, als eine monogene. Dr. Darsow vom Institut für Kulturpflanzenforschung in Groß Lüsewitz hat an einem Resistenztyp gearbeitet, der von vielen Genen gesteuert wird und rassenspezifisch ist. Entscheidend ist, dass dieser Schutz dauerhafter ist, weil er wegen der Vielzahl beteiligter Erbfaktoren nicht so einfach von Erregerrassen durchbrochen werden kann. Darsow ist es auch gelungen, Phytophthora tolerantere Kartoffeln zu entwickeln, die nahe an den Qualitätsanforderungen einer Speisekartoffel liegen. Das Material ist den Züch-

tern zur Verfügung gestellt worden. Jetzt ist es ihre Aufgabe, etwas daraus zu machen!

BASF will das Problem nun mittels Gentechnik lösen, hält Fortuna was sie verspricht?

Laut BASF sind zwei von einer südamerikanischen Wildkartoffel stammende Resistenz-Gene mittels gentechnischer Verfahren auf eine in Europa führende Pommessorte übertragen worden. Die Forscher der BASF Plant Science sagen, sie hätten Fortuna mit „einem vollständigen Schutz gegen die Kraut- und Knollenfäule ausgestattet“. Das ist fraglich, denn wenn die Phytophthora-Resistenz bei Fortuna auf ein bis zwei Genen liegt, ist die Chance sehr hoch, dass diese Resistenz schnell durchbrochen wird, wahrscheinlich nicht in den ersten, aber nach drei bis vier Jahren. Von einem vollständigen, dauerhaften Schutz kann hier also nicht die Rede sein.

Fortuna ist mit sogenannter Cis-Gentechnik hergestellt worden, das heißt es sind kartoffeleigene Gene eingebaut worden, ist das eine bessere Gentechnik?

Letztendlich gibt es bei der Cis-Technik die gleichen Vorbehalte wie bei der Gentechnik generell. Die normale Kreuzungszüchtung rekombiniert die Gene nach einem pflanzeigenen Plan. Bei der gentechnischen Manipulation – egal ob mit arteigenen oder fremden Genen – ist nicht vorhersagbar, wo die neuen Eigenschaften im Genom eingebaut werden und welche Auswirkungen das gewaltsame Einbringen hat. Auch die juristischen Probleme, die Patentauseinandersetzung, die verschärften Abhängigkeiten bleiben bestehen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft



Christian Schüler, Uni Kassel

Foto:Herzog

Schubkarren nach Berlin

„Lieber die eigenen Ideen karren, als nur mit den Füßen zu scharren“



Foto: Schneider/pixelio

Unter dem Motto „Lieber die eigenen Ideen karren, als nur mit den Füßen zu scharren“ lädt die junge AbL alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demo am 21.01.2012 in Berlin ein, ihre Ideen zu Landwirtschaft und Ernährungssouveränität auf einer Schubkarre durch Berlin zu schieben. Mit einem Schlepper lässt sich eindrucksvoll die Größe der Landwirtschaft zeigen, doch im täglichen Einsatz ist auf Bauernhöfen auch die Schubkarre. Mit ihr versorgen wir täglich unsere Tiere, sie macht uns viele kleine Transportarbeiten leichter. Am 21. Januar in Berlin soll sie unsere Erwartungen an die Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2013 und unsere Ideen für die zukünftige Landwirtschaft transportieren. Vielfältig soll unsere Landwirtschaft sein, und so sollen auch die Schubkarren dekoriert werden, Landwirtschaft und Ernährungssouveränität hat viele Aspekte, die sich in vielen Motiven und Forderungen wiederfinden können. Ziel ist es, mit ganz vielen

AbL

Junge Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft

Schubkarren (und Bollerwagen) zu den unterschiedlichen Themen der Ernährungssouveränität auf der Demo unterwegs zu sein und damit der Politik zu zeigen, dass wir als Bäuerinnen und Bauern im Zentrum der Agrarreform stehen müssen! Dazu brauchen wir eure Hilfe: Gestaltet eine Schubkarre und karrt eure Ideen und Forderungen durch Berlin! Jeder mit Zugang zu Schubkarren kann mitmachen. Der Transport ist kein Problem. So eine Schubkarre passt gut in das Gepäckfach vom Bus. Jeder Bus könnte so mindestens vier Schubkarren mitbringen und es ist immer noch genug Platz für die Banner. Bei der Gestaltung gibt es auch bestimmt noch Unterstützung vor Ort. Am besten schreibt ihr auf eure Schubkarre Namen, Ort und Telefonnummer – falls sie verloren gehen sollte in der Flut von Karren. Das wird ein starkes Zeichen, wir freuen uns drauf.

Eure jAbL

VISIONÄRSTAGE.

Kommen Sie zur BioFach 2012 und treffen Sie die Macher und Denker der Branche.
Informieren Sie sich jetzt und werden Sie Teil der internationalen Biofamilie:

www.biofach.de/vielfalt

 **BioFach 2012**

Mehr als eine Weltleitmesse.

vom 15. – 18.2.2012 in Nürnberg
Zutritt nur für Fachbesucher

Veranstalter

NürnbergMesse
besucherservice@nuernbergmesse.de

Schirmherr

IFOAM

Nationaler Ideeller Träger

BÖLW

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

„Keine Sache von vier Helden“

Ein Interview mit Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, ohne Beton, jenseits des Gleisbetts

Hanna Schwarz, Heiko Müller-Ripke, Fritz Pothmer und Georg Janßen – vier Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft – hatten sich während des letzten Transports von radioaktivem Atommüll ins Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben an eine Betonpyramide auf der Gleisstrecke gekettet und damit den Castorzug 15 Stunden lang aufgehalten.

Unabhängige Bauernstimme: Der Atomausstieg ist beschlossen, warum muss man immer noch gegen Castortransporte protestieren?

Georg Janßen: Die Menschen im Wendland – und nicht nur die – haben aber in den letzten 30 Jahren die Erfahrung gemacht, dass sie immer wieder von Industrie, Politik und Wissenschaft belogen wurden und aus diesem gesunden Misstrauen heraus gilt es nach wie vor, den Druck der Bewegung aufrecht zu erhalten. Niemand kann die Sicherheit der Atomkraft oder der Transporte garantieren und auch jetzt mussten die Verantwortlichen im Vorfeld des Castortransports eingestehen, dass die oberirdische Halle in Gorleben, die als Zwischenlager dient, nicht vor Terrorangriffen geschützt ist. Und sie mussten außerdem Strahlungsmesswerte vor Ort schönen, indem sie die bereits lagernden Castoren umgruppiert haben.

Aber die Bundesregierung hat doch die Endlagerfrage wieder eröffnet?

Jeder weitere Transport ins Zwischenlager nach Gorleben manifestiert doch den maroden Salzstock dort als potenzielles Endlager. Zumal Morsleben zusammengebrochen und die Asse abgesoffen ist. Außerdem hat uns schon 2001 der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin vom Demonstrieren abhalten wollen, weil angeblich das Problem Atomkraft gelöst war. Und wenn man sich jetzt mal anschaut, was für Kapriolen die Politik in Sachen Atomkraft in den letzten zwölf Jahren oder auch nur in den letzten zwölf Monaten geschlagen hat, dann hat man Grund, sich weiter quer zu stellen, zumal im Bundeshaushalt für den weiteren Ausbau von Gorleben 73 Mio. Euro und für die Alternativen 3 Mio. Euro vorgesehen sind.

In den Tagen des Castortransports konnte man häufiger in den Medien hören und lesen, im Wendland finde mal wieder ein inzwischen ritualisiertes Katz- und Maus-Spiel zwischen Polizei und Demonstranten statt. Was sagen Sie dazu?

Uns ist der Widerstand sehr ernst, wir machen das für die Gesundheit unserer Familien, unserer Kinder und Enkel, für ein lebenswertes Leben in unserer Heimat, einer wunderschönen Region, in der unsere Lebensgrundlagen, die Bauernhöfe liegen. Aber wir machen es eben auch grundsätzlich für die Zukunft unserer aller Lebensbedingungen.

Die FAZ meinte, der Protest sei „Folklore“.

Das ist Unsinn. Es ist inzwischen die dritte Generation, die mit zivilem Ungehorsam und nicht mit Aktionismus im Widerstand verwurzelt ist... und deshalb kommt der Atomausstieg!



Hanna Schwarz, Heiko Müller-Ripke und Fritz Pothmer an der Pyramide

Foto: Simon Mario Avenia / PubliXviewi

Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist so etwas wie das konservative, bodenständige Herz des Widerstands. Was macht die Gruppe aus?

Oberste Priorität ist die Gewaltfreiheit, Steinwerfer helfen unserer Sache nicht! Unser Gegner ist auch nicht die Polizei, sondern die Atomindustrie und ihre Steigbügelhalter in der Politik. In der Bäuerlichen Notgemeinschaft gibt es nicht die eine Strategie, sondern vielfältige Gruppen mit unterschiedlichen Aktionsformen. Diesmal waren unheimlich viele junge Bäuerinnen und Bauern dabei, die mit pfiffigen Aktionen Nachschubwege der Polizei abgeschnitten haben. Da gab es plötzlich Sandverwehungen auf den Straßen oder einen Mährescher-Corso in Dannenberg.

Und dann steht plötzlich eine 600 Kilogramm schwere Betonpyramide auf

den Gleisen und es hängen eine Frau und drei Männer mit ihren Armen drin, und die Polizei hat es fast nicht gemerkt...

Ja, es gibt eben in der Notgemeinschaft auch die, die sagen: Wir wollen den Castor aufhalten. Und das ist nicht eine Sache von vier Helden, sondern von 24 Leuten, die ein gleichberechtigtes Team sind, in dem jeder seine Aufgabe hat. Und dann braucht es eben auch Glück für den richtigen Moment, Mut, Disziplin, Verschwiegenheit und wendländische Ingenieurskunst.

Sie haben den Castorzug so lange wie noch nie aufgehalten und dann nach 15 Stunden „aufgegeben“. Warum?

gesunken. Unsere Arme, die durch die äußere in die innere Pyramide ragten, drohten immer weiter darin zu verankern, bis wir sie überhaupt nicht mehr hätten selbstständig lösen können. Das war, auch unter dem Aspekt, dass die Polizei mit ihren technischen Möglichkeiten uns anders zu „befreien“ am Ende war, für uns der Punkt, an dem wir gesagt haben: Unsere Gesundheit geht vor.

War das dann das Ende?

Wir wollten nicht, dass der Erfolg der Aktion – auch wir selbst hatten eigentlich damit gerechnet, dass die Polizei uns da vielleicht nach fünf, sechs Stunden raus hat – dadurch geschmälert wird, dass es am Ende heißt: Die haben sich unverantwortlicher Weise selbst in Lebensgefahr gebracht. Wir haben dann mit der Polizei ausgehandelt, dass sie veröffentlicht, vor einer unlösbaren Aufgabe zu stehen, haben einen freien Abzug für uns und eine gewaltfreie Räumung der Gleisblockade der etwa 1.000 Leute bei uns, durchgesetzt.

Und wie geht's einem, wenn man stundenlang an einem grauen Novembertag mit einem Arm in Beton steckt?

Man kriegt Muskelkater an Stellen, von denen wusste man gar nicht, dass man da Muskeln hat. Aber die Unterstützung der Menschen um uns herum war überwältigend, unser Team, die Sanitäter, die Leute, die immer wieder Durchhalteparolen rüber rufen, Kinder, die einem zuwinken und lächeln, wenn man etwas lahm mit dem anderen Arm zurückwinkt, das vergess` ich in meinem Leben nicht mehr. Klar gab es auch schwierige Momente, aber da haben wir uns gegenseitig Mut gemacht. Denn es gilt das Motto der Bäuerlichen Notgemeinschaft: „Niemals aufgeben!“

Vielen Dank für das Gespräch!

cs

Mehr Infos:

www.baerliche-notgemeinschaft.de



Georg Janßen

Foto: Niemann

Für eine bäuerliche Landwirtschaft

Der Kritische Agrarbericht 2012 mit eindeutiger Botschaft

Der Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichts 2012 (KAB) ist ein Aufruf zur Einmischung, ist eine Beschreibung gelebter Solidarität sowie praktizierter Kooperationen unterschiedlichster Gruppierungen und Organisationen mit einem gemeinsamen Ziel: Zusammen arbeiten – für eine bäuerliche Landwirtschaft. Um Einmischung geht es insbesondere bei der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik. Der im Oktober 2011 von der EU-Kommission vorgelegte und im KAB ausführlich

dargestellte und bewertete Reformvorschlag wird von zahlreichen Mitgliedsverbänden des AgrarBündnis und einzelnen Autoren mit Blick auf das Greening, die Staffelung der Agrarzahlungen und den Bezug zum Faktor Arbeit zunächst als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. In den kommenden Monaten werde es jedoch darauf ankommen „auf erhebliche Nachbesserungen zu drängen“ (beispielsweise beim Tierschutz) und gleichzeitig „die positiven Reformansätze gegen die Kritiker aus den Reihen des Bauernverbandes und der bisherigen Profiteure des Systems zu verteidigen“.

Dabei macht der KAB auch deutlich, dass das so „verteidigte“ agrarindustrielle System an seine Grenzen stößt, beispielsweise mit Blick auf die Massentierhaltung und den dort praktizierten „systemrelevanten“ Antibiotika-Einsatz oder den Hunger in der Welt. Diese Grenzen und Fehlentwicklungen, auch das zeigt der KAB, erkennen in 2011 zunehmend auch internationale Organisationen (UNO, FAO, Weltbank etc.), Wissenschaftsgremien oder Expertenrunden und läuten damit den „Abschied von der fossilen, industriellen Landwirtschaft des vergangenen halben Jahrhunderts“ ein, wie das schon der Weltagrarbericht 2008 mit seinem Postulat „Weiter wie bisher ist keine Option“ getan hatte. Die veränderten Zielsetzungen

lauten zum Beispiel massive Reduktion der Emission von Klimagasen, von Pestiziden und Nährstoffeinträgen und des Verbrauchs fossiler Energie, Vermeidung von Abfall, Verlusten und Verschwendung (Nahrungsmittelvernichtung und auch von gesundheitlich, sozial und ökologisch schädlichem Verbrauch. Notwendig sind „agrar-ökologische Systeme, die durch gemeinschaftlich angepasste landwirtschaftliche Methoden und ökologische Konzepte vor Ort ein Maximum an verlässlicher regionaler Eigenversorgung mit Lebensmitteln auch bei extremen Wetterlagen garantieren“.

„Europa macht die Welt nicht satt“, widerspricht dementsprechend – ohne direkt Bezug darauf zu nehmen – der KAB den Vertretern der industriellen Landwirtschaft, die anlässlich der Demonstration „Wir haben es satt“ im Januar 2011 in

Berlin mit Bezug zum Hunger in der Welt großflächig plakatiert hatten „Wir machen Menschen satt“.

Mit dem Kritischen Agrarbericht 2011 legt das AgrarBündnis einmal mehr eine umfassende Analyse des herrschenden Agrarsystems und der sie (noch) tragenden Agrarpolitik vor und es legt ein „Gegenkonzept“ vor. Das ist in weiten Teilen gesellschaftlich breit akzeptiert und in Ansätzen auch in die EU-Reformvorschläge eingeflossen. Vom Bauernverband und Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner wird es jedoch bisher noch abgelehnt. Wenngleich auch sie erkannt haben (sollten), dass ohne gesellschaftliche Akzeptanz das ölabhängige „alte System“ nicht mehr aufrechterhalten und eine Zustimmung dazu nicht mehr zu bekommen ist. Die „EU-Agrarpolitik jetzt konsequent reformieren“, dafür werden sich auch in den nächsten Monaten das AgrarBündnis und seine Mitgliedsverbände, der Zusammenschluss „meine-Landwirtschaft.de“ gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einsetzen. *FebL*



Zurück zur Vielfalt!

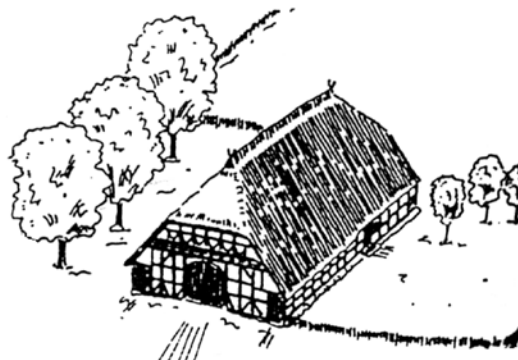
Seit etwa fünf Jahren bin ich soviel in Schleswig-Holstein unterwegs wie wohl kaum ein anderer Bauer. Meine anfangs- und endlose Lesereise hat mich in fast jedes Dorf, in jede Region meines ehemals schönen Heimatlandes geführt.

In diesen fünf Jahren hat sich Schleswig-Holstein extrem verändert, und das nicht zu seinem Vorteil. Am augenfälligsten ist der Verlust von Grünland bei gleichzeitiger explosiver Zunahme des Maisanbaus. Aus dem Autofenster die Landschaft zu betrachten ist zwischen Juli und Oktober vielerorts unmöglich geworden; denn man guckt gegen eine Wand aus Mais. Und von Oktober bis April glitscht der Blick bloß über trostlose Maisstoppeln, um sich schließlich

an den Plastikhauben der Agrarindustrieanlagen zu brechen.

Eine weitere Entwicklung schmerzt mich besonders:

Die Milchkuh verschwindet von der Weide. Bei zunehmenden Herdengrößen, wachsender Milchleistung und verstärktem Trend zu automatisierten Melkverfahren ist



... aus Schleswig-Holstein

die Kuh längst zum Indoor-Nutztier verkommen. Der schleswig-holsteinische Naturschutzbeauftragte Dr. Gerth riet kürzlich allen, für die Milchkuhe auf der Weide zu Schleswig-Holstein gehören wie Wind, Seen und das Meer, sie sollten jetzt mal ein paar schöne Fotos von den letzten Outdoor-Milchkuhen machen; bald gebe es sie nicht mehr. Auf dem seltener werdenden Grünland sieht man Pferde, Schafe, Jung- und Fleischrinder, manchmal auch noch Trockensteher, aber die laktierende Schwarzbunte steht im Stall und guckt sehnsüchtig übers Gatter nach draußen, wo der Mais wächst. Viele Landwirte haben lange Zeit den Eindruck gehabt, die Landschaft sei den Leuten egal. Dementsprechend haben sie gewirtschaftet. Heute zeigt sich aber, dass die Menschen sich eine lebens- und erlebenswerte Heimat wünschen. Im letzten Herbst fuhr ich durch ein Dorf, da hingen große Plakate, auf denen stand: „Scheiß Mais!“ Und nach meinen Auftritten spreche ich oft mit Leuten, die sich über die Eintönigkeit der Agrarsteppen beklagen. Das Wort „Vermaisung“ ist zum Hassbegriff geworden, nicht nur für Verbraucher, auch für Bauern selbst, die gegen steigende Pachtpreise nicht mehr anwirtschaften können. Ich kenne Bauern, die haben Agrargasanlagen gebaut, nicht, weil sie die Technologie für sinnvoll hielten, sondern weil sie der Meinung waren, sie müssten den Wahnsinn mitmachen, um ihre Höfe zu erhalten. Und genau so ist es: Nicht einmal die Betreiber sind von den Anlagen überzeugt. Spricht man mit ihnen, greifen sie gleich an. Weil sie selber nicht dran glauben, da bin ich mir sicher.

Ebenso sicher bin ich, dass die Maismonokulturen nur Ausdruck einer Phase sind. Sie werden uns eine Zeitlang nerven, aber sie werden verschwinden. Und wenn ich durch meine Heimat fahre und ich sehe genau hin, dann entdecke ich auch das andere Schleswig-Holstein. Ich sehe Ansätze einer bunten Vielfalt; ich sehe blühende Kleegrasäcker, Erbsen, Bohnen und Lupinen, vielleicht sogar Luzerne, nicht nur Weizen, Mais und Raps. Wie schön es ist, manchmal Kulturen zu entdecken, die man im ersten Moment gar nicht erkennt! Und ich sehe auch noch Kühe auf der Weide; denn es gibt Bauern, die wollen einfach, dass sie da stehen. Das macht Mut. Es kann nur besser werden.

Ein Bauer (42) erzählt...

Eine Insel der Vielfalt

Auf dem Sonnengut Gerster werden bäuerliche Strukturen entwickelt und Vielfalt gelebt

Alles begann 1994. Da kauften Claudia und Gerhard Gerster nach langer Suche einen traditionellen Vierseithof in Dietrichsroda. Nur vier Jahre vorher war die innerdeutsche Grenze gefallen. Dennoch war es nicht einfach, einen Ort zu finden, an dem sie Landwirtschaft machen konnten. „Höfe gab es viele“, berichtet Claudia Gerster, „aber kein Land dazu.“ Das war längst alles von großen Agrargenossenschaften in Bewirtschaftung genommen worden.

Der Hof, der heute Sonnengut Gerster heißt, hatte eine gute Bausubstanz. Allerdings war der Stand der Installation noch auf Vorkriegsniveau. Immerhin hatten die Gebäude ihre klassische Form weitgehend behalten und hatten nicht unter den zweckoptimierenden Umbauten ehemaliger LPGen leiden müssen. Keine Flachdächer, Lüftungstürme, lieblose Durchbrüche für Lkw und Traktoren.

Wie ein schlafendes Relikt aus ganz anderer Zeit liegt in der Mitte des Innenhofs von Steinen umringt die ehemalige Mistlege. Heute eine grüne Insel, auf deren Rasen eine Schaukel steht.

Verschiedene Standbeine

„Wir wollten einen vielseitigen ökologischen Betrieb aufbauen“, berichtet Gerhard Gerster. In den ersten Betriebskonzepten baut man fest auf die im nahen Eckhardsberga geplante Biomolkerei. Als klar wird, dass der Geschäftsführer einen Großteil der Zuschüsse veruntreut hat, entschließt man sich, eine eigene kleine Käserei zu bauen. Inzwischen gibt es auch eine Bäckerei. Alles überschaubar. Vielseitigkeit und verschiedene Standbeine sind wichtig. „Wenn die einzelnen Bereiche zu groß werden, muss man sich spezialisieren und verliert die Vielfalt“, ist sich Claudia Gerster sicher. Auch wenn die Nachfrage einen Ausbau der Verarbeitung durchaus rechtfertigen würde. Der Markt im 70 Kilometer entfernten Erfurt ist eine feste Größe in der Direktvermarktung. Gemeinsam mit einer Biogärtnerei bilden die beiden Betriebe die gefragte „Bioecke“ im ansonsten konventionellen Marktgeschehen. Auch auf dem Hof gibt es einen Bioladen. Andere Bioläden werden mit Brot und Milchprodukten direkt beliefert.

Milch aus Kannen

Fünzig Milchkühe liefern den Rohstoff für die Käserei. Gemolken werden sie im ehemaligen Kuhstall. Ein Fressgitter fixiert die Kühe, die nur zum Melken herkommen. Einfache Melktechnik. Es wird in

Kannen gemolken. Ein großer, fahrbarer Tank bringt die Milch zur Käserei. Hier wird geschöpft. Ganz ohne Pumpen kommt die Milch in den Käsekessel. Ein Wunsch vieler Käser, Alptraum der Veterinäre. Mit denen haben Gersters dann auch immer wieder zu kämpfen. Nicht weil ihre Hygiene zu beanstanden wäre, sondern einfach weil sie anders produzieren, als die wenige Kilometer entfernt gelegene Molkerei, in der 120 Mitarbeiter täglich 100 Tonnen Käse produzieren.

Der eigentliche Kuhstall, eine schlichte Halle befindet sich wenige Meter außerhalb des eigentlichen Hofes. Der Wunsch, Optionen offen zu halten und Vielfalt leben zu können, zwingt an manchen Stellen zu Kompromissen. „Die Halle haben wir so gebaut, damit wir sie auch nutzen können, wenn wir keine Milchkühe mehr haben.“ Aus dem Tretmist der Kühe

die Zeit vor der Saat im Sommer zur Queckenbekämpfung zu nutzen, misslang aufgrund ständigen Regens. Doch dem Ackerbauern Gerster sieht man an, mit welcher Freude er an neuen Möglichkeiten feilt und dass er sich von diesem einmaligen Rückschlag nicht enttäuschen lässt. „Nächstes Jahr probiere ich es noch mal“, sagt Gerhard Gerster begeistert.

Vielleicht ist es gerade dieser Lebensmut und die Freude, Neues auszuprobieren, mit der Gersters es geschafft haben, ihren Hof zu etablieren. Als sie ankamen, hatten sie eine eineinhalbjährige Tochter. Inzwischen hat sie sechs Geschwister. „Es war nicht immer leicht. Vor allem für die ersten Kinder. Die Biokinder wurden sie nur genannt“, berichtet Claudia Gerster heute mit einigen Jahren Abstand belustigt.

übernehmen. Wer unterschrieb bekam seinen Anteil am Genossenschaftskapital vom neuen Eigentümer ausbezahlt. Die, die nicht unterschrieben, klagten, bekamen Jahre später Recht, aber kein Geld, denn die Genossenschaft hatte ja Konkurs gemacht. Unzählige dieser Geschichten scheint es zu geben. Investoren auf der Suche nach Profiten. Wiedereinrichter wie Gersters gibt es nur wenige. Besonders wichtig ist deshalb die Verbindung zu den Berufskollegen. Inzwischen haben sich Gersters dem Demeterverband angeschlossen. Gleich mehrere Betriebe in der näheren Umgebung sind ebenfalls Mitglied oder kurz davor beizutreten. Die Hoffnung aus der Anfangszeit, dass viele der in die LPGen gezwungenen Bauern ihr Land wieder selbst bewirtschaften würden und sich bäuerliche Strukturen entwickeln, ist geschwunden.



Claudia und Gerhard Gerster mit ihren Milchkühen im Offenlaufstall.

Foto: Nürnberger

macht die 40 KW Biogasanlage Energie, die den Hof und die Käserei mit Wärme versorgt. Sie ist neben den PV-Anlagen auf verschiedenen Dächern und dem Holzvergaser Teil der alternativen Energieproduktion.

Arrondierte Flächen

Gleich hinter dem Kuhstall liegen die Felder. Größtenteils arrondiert sind die 150 Hektar. Auf 90 Hektar Acker werden Weizen, Roggen, Dinkel, Einkorn, Gerste, Hafer und Triticale angebaut. Leguminosen sind wichtiger Stickstoff- und Futterlieferant in der Fruchtfolge. Auch ein kleines Feld mit Kartoffeln gibt es. Der Versuch, in diesem Jahr nach einem silierten Roggen-Winterbohnenmischung Hirse zu bauen und

Nur wenige konnten verstehen, dass auf diesem Hof nicht einfach die LPG zu einer Genossenschaft werden sollte. Vielleicht machte auch die Individualität Angst.

Fremdkörper im Dorf

Auf den Dörfern waren nur die Alten und die Angestellten der Genossenschaften geblieben. Den Investoren, vor allem aus dem Westen, ging es nicht selten um den schnellen Profit. Unternehmen wurden vorsätzlich kaputt gemacht. „Im Nachbarort“, erzählt Gerhard Gerster, „ist die gesamte Getreideernte verrotten, obwohl die neuen Mähdrescher auf dem Hof standen.“ Ein neuer Investor stand bereit, übernahm den bankrotten Betrieb. Wollte die Pachtverträge

Zu viel Negatives müssen diese Menschen erlebt haben. Dass es aber dennoch viele Menschen gibt, die eine bäuerliche Landwirtschaft wollen, zeigte sich im Frühjahr bei der Gründungsveranstaltung der AbL-Thüringen. 65 interessierte Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker, Naturschützer und Verbraucher waren der Initiative von Claudia Gerster und Michael Grolm aus der Schlossmolkerei in Tondorf gefolgt, um einen AbL-Landesverband in Thüringen zu gründen. Wie das Saatgut, das auf dem Hof vermehrt wird, scheint auch das Sonnengut mit Claudia und Gerhard Gerster ein Keim der Vielfalt inmitten großer Strukturen, der wächst, größer wird und seine Samen ausstreut. Weiterhin viel Erfolg!

Leserbrief

zum Schwerpunkt Agrarreform 11/2011

Mit Erstaunen habe ich die Berichterstattung über die GAP-Reform in der *Bauernstimme* gelesen. Hat nicht die AbL immer die internationale Solidarität beschworen und Ernährungssouveränität gefordert? Und nun lese ich vier Seiten zu den Reformvorschlägen und eine Seite zu Bauer hält Hof und finde kein einziges Wort zur internationalen Verantwortung der EU. Es ist ja schön, dass Ciolos tatsächlich einige Ideen der AbL – wenn auch verwässert – aufgenommen hat. Das ist aber noch lange kein Grund, sich zufrieden und wohlwollend zurückzulehnen, und evtl. noch ein paar kleine Detailänderungen zu verlangen. Denn die Orientierung der GAP soll weiterhin bleiben, wie sie ist: ausgerichtet auf Wachstum und Export, ausgestattet mit Exportsubventionen zur Erschließung fremder Märkte. Wo bleibt der Aufschrei? Ist die Verbundenheit mit den Importländern, von der immer berichtet wurde, nun wo es um konkrete

Punkte wie Greening und Kappung geht, vorbei? Wo bleibt der Aufschrei, da weiterhin auf Sojaimporte gesetzt wird und keine Spur von Eiweißstrategie oder Leguminosenförderung erkennbar ist? Es fehlt nicht nur der Aufschrei, es fehlt sogar die Berichterstattung dazu!

Wurde das Recht auf Nahrung nur vorgeschoben, um die eigenen Interessen zu legitimieren? Dabei ist jetzt die richtige Zeit, um sich in den Bündnissen mit Nachdruck für diese Forderung einzusetzen.

Angela Müller, Bäuerin aus Baden-Württemberg und Expertin für Welt-ernährung bei Mission EineWelt

Kurzes am Rande

Hedgefonds-Thriller

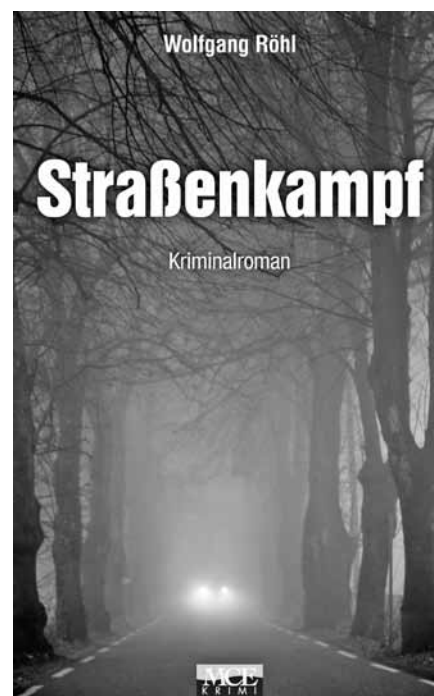
Nach seinen inhaltlich beeindruckenden und höchst spannenden Bestsellern *Vaterland*, *Enigma*, *Aurora*, *Pompeji*, *Ghost* und *Titan* verarbeitet und erhellt Robert Harris auch diesmal in Krimiform ein wichtiges Thema: Sein Thriller *Angst* spielt in der Hedgefonds-Szene. Der geniale Mathematiker Alex Hoffmann hat eine revolutionäre Form des automatisierten Aktienhandels entwickelt, indem er durch selbstlernende Computer Angstparameter in aller Welt sammelt und die Bewegungen der Finanzmärkte vorausberechnet lässt. Sein Hedgefonds mit Sitz in Genf macht Milliarden. Eines Nachts überwindet ein Einbrecher die Sicherheitsanlagen von Hoffmanns schwerbewachter Villa. Damit beginnt ein Albtraum von Paranoia und Verfolgung, bei der Hoffmann verzweifelt nach jenen sucht, die offenbar sein Leben zerstören wollen. en

Robert Harris, *Angst*, Heyne-Verlag, München, 385 Seiten, 19,99 Euro

Straßenkampf

Ein Autobahnprojekt im Landstrich zwischen Elbe und Weser führt zur Polarisierung zwischen Gegnern und Profiteuren der Schnellstraße. Als einer der Wortführer der Bürgerinitiative schwerverletzt am Straßenrand gefunden wird, ist das Entsetzen groß. Der Journalist Bernhard Hamm, der auf seinem Resthof lebt und als Pressechef eines Bremer Reiseunternehmens arbeitet, wird in den Fall verwickelt. Als der angefahrene Mann, den Hamm findet und dessen Leben er rettet, trotz Genesungsfortschritten im Krankenhaus stirbt, fängt Hamm an zu ermitteln und bringt sich selbst in höchste Gefahren. In einer dramatischen Aktion kann er schließlich den Mörder überführen. Wolfgang Röhl greift nicht nur ein aktuelles Thema auf, sondern zeichnet mit Beobachtungsschärfe, ironischem Unterton und Spannung die beteiligten Personen und Institutionen en

Wolfgang Röhl: *Straßenkampf*, MCE-Verlag, Drochtersen, 203 Seiten, ISBN: 978-3-938097-23-6; 11,90 Euro



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

 Ich zahle nach Erhalt der Rechnung Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Geflügel-Jahrbuch

Im neuen Geflügeljahrbuch sind nicht nur viele Branchendaten und Fakten zu Erzeugung, Markt und Recht enthalten, sondern auch zur Zucht: Demnach liegt die Zucht von Legehennen in den Händen von Hendrix Genetics, EW-Group (Ernst-Wesjohann-Gruppe) und Babolna, die Zucht von Puten kontrollieren Hendrix Genetics und das amerikanisch-britische Unternehmen Aviagen. en

Geflügeljahrbuch 2012, 338 Seiten mit vielen Tabellen, Ulmer-Verlag, Stuttgart 2011; 11,90 Euro

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

● FERIENHAUS in SW-Frankreich. Für 2 bzw. 6 Personen. In alter Dorfstruktur und großem Garten mit Natursteinmauern. Atlantik-Sandstrände in 80 km. Am Pilgerweg nach Compostella. ☎ 05021-4186, www.ARRAMIS.de

Baumschule
PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bauernhöfe
statt Agrarindustrie:
**Tierfabrik geplant -
wat nu?**

Montag, den 09. Januar 2012 ab 17.30 Uhr
im Landtag Schleswig-Holstein im Schleswig-Holstein-Saal,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

- 17.30 Einführung Bernd Voß, MdL Bündnis 90/Die Grünen
17.45 Recht und Politik in der Planungsphase
Ulrich Werner, RA u. Fachanwalt für Verwaltungsrecht;
Eckehard Niemann, Abl
19:30 Immissionen, multiresistente Keime und Tierwohl
Udo Werner, Büro MdB Ostendorff
Prof. Dr. Hartung, CAU Kiel (angefragt)
Dr. med. Marret Bohn, MdL B'90/Die Grünen
Stefan Johnigk, Geschäftsführer PROVIEH
Sven Koschinski, Bürgerinitiative Stocksee
20.45 Gemeinsame Abschlussrunde

Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum Austausch mit den ReferentInnen

Anmeldung unter:
Tel 0431 988 1500 oder fraktion@gruene.ltsh.de

BILLIG-SCHNITZEL KOMMEN TEUER

VERANTWORTUNGSBEWUSSTER
KONSUM STATT MASSENTIERHALTUNG

Konferenz am 21. Januar 2012 in Berlin

Mit Sarah Wiener, Renate Künast MdB,
Bärbel Höhn MdB, Ulrike von der Lühne,
Wilfried Bommert und weiteren Experten

Infos und Anmeldung unter:
www.gruene-bundestag.de » Termine

UNS GEHT'S UMS GANZE



Veranstaltungen

Abl Regionalgruppe Allgäu Jahresversammlung

09. Januar 2012, Betzigau
20 Uhr im Gasthof Hirsch, Hauptstr. 7,
87488 Betzigau, ☎ 0831 5239-853

Hofübergabetagung

12. Januar 2012, Kassel
Beratungsmethoden, Konzepte
und Vernetzung
Anmeldung bis 5.1. an: Uni Kassel,
☎ 05542 98-1603, Fax: -1568,
vieth@uni-kassel.de

Wintertagung Demeter NRW

14./15. 01.2012, Schloss Hamborn
Biologisch-Dynamische Landwirtschaft
im Wandel mit Ueli Hurter,
Goetheanum Dornach; langjäh-

rigen Praktikern, Auszubildenden
und Junglandwirten.
Demeter NRW, ☎ 02302 9152-18,
87488 Betzigau, Fax: -22, www.demeter-nrw.de

Bioland-Imkertag 2012

14. und 15. Januar 2012, Bad Boll
Ökologisch imkern, ökonomisch
wirtschaften.
Anmeldung bis 5.1. an: Bioland LV Baden
Württemberg, ☎ 0711 550939-40,
Fax: -50, info-bw@bioland.de

Bioland-Wintertagung

16. bis 18. Januar 2012, Bad Boll
Anmeldung bis 5.1.2012. Programm
unter www.bioland-bw.de oder
☎ 0711 550939-0



Das European Milk Board (EMB) sucht:

eine/n Referentin/ Referenten
für Agrarpolitik – speziell Milchpolitik –
in Vollzeit bzw. ¾ Stelle

Innerhalb des EMB werden Sie u.a.:

- die aktuelle Milchmarktsituation innerhalb des EU-Rahmens analysieren
- den Aufbau eines Kommunikationsnetzwerkes mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, Repräsentanten der EU-Institutionen und Vertretern des European Milk Board vorantreiben

Sie bringen folgende Kenntnisse mit:

- Studium der Agrar-, Politikwissenschaften oder der Volkswirtschaftslehre bzw. des EU-Rechts o. Ä.
- Erfahrungen als Referent möglichst im Bereich Agrarpolitik/ Agrarwirtschaft / Ernährung

Mehr Infos zur Stelle unter:

<http://www.europeanmilkboard.org/vacancies.html>

Unsere Geschäftsstelle befindet sich derzeit in Hamm bei Münster/ Westfalen – ein Umzug nach Brüssel wird im kommenden Jahr stattfinden.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte bis zum 15.01.2012 an das European Milk Board, z. Hd. Silvia Däberitz, Bahnhofstr. 31, D-59065 Hamm, Germany, Auskünfte: Tel.: 0049/2381/4361200, office@europeanmilkboard.org

Demo: Wir haben es satt!

21. Januar 2012, Berlin
Kontakt: ☎ 030 2848243 -7 o. -8,
www.wir-haben-es-satt.de

Keine Gentechnik

Januar 2012, Schleswig-Holstein
Josef Feilmeier, Landhändler aus
Hofkirchen, berichtet von seinen
langjährigen Erfahrungen.

24. 1. Elmshorn: 20 Uhr Gaststätte Sibirien, Sibirien 10 (BUND ☎ 04121-2624974)

25.1. Rendsburg: 19.30 Uhr im Martinshaus, Kanalufer 48 (Abl ☎ 0173-9135092)

26.1. in 24972 Steinberg: 19.30 Uhr in Gaststätte Steinberger Hof, Süderstr. 1 (NABU ☎ 04643-2699)

27.1. Hamburg: 19.30 Uhr in Fährhaus Tatenberg, Tatenberger Deich 162 (gt-freie Metropolregion Hbg ☎ 040-73712171)

„Bauer hält Hof“

13. Januar 2012, Hannover,
Verantwortung für unser Essen
regional, in Europa und weltweit
mit: Georg Janssen, Abl; Harald
Gabriel, Bioland Niedersachsen;
Uwe Becker, Brot für die Welt
Hannover; Jochen Dettmer,
BUND; Martin Morisse; 2. Vors.
BDM; Vera Steder, Dt. Tierschutz-
bund; Stig Tanzmann, EED; Hol-
ger Buschmann, Nabu Niedersach-
sen; Frank Buchholz, Slow Food.
Kontakt: Kampagnenbüro Meine Land-
wirtschaft, ☎ 030-2848237, bauerhaelt-
hof@meine-landwirtschaft.de; BUND,
☎ 0511-660093

Abl Regionalgruppe Franken Jahreshauptversammlung

27. Januar 2012, Hirschaid
Im Anschluss an die Neuwahlen
spricht Eckehard Niemann vom
Netzwerk Bauernhöfe statt
Agrarfabriken zu: Was wird aus
unserer Landwirtschaft?

19.30 Uhr, Brauereigasthof Kraus,
Hirschaid zwischen Nbg und Bamberg.
Infos: Isabella Hirsch, 1.Vorsitzende,
☎ 09852 1846

1/2012 Januar – Februar 7,50 €

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur



Agrarkultur und Politik

Bodenständige Bewegung
Was braucht der Ökolandbau?
Wird Landwirtschaft zur Industrie?
Vitamine für Bio-Babybrei?

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde
im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, www.LebendigeErde.de

Eine Skulptur für Berlin

Bäuerlich-nachhaltig-faire Landwirtschaft braucht ein Symbol, das lange wirkt. Auch in der Bundeshauptstadt Berlin wird es in Zukunft ein Denkmal geben, das Anstoß gibt, endlich einen Systemwechsel in der Landwirtschaftspolitik einzuläuten. Ein Denkmal, das uns an die Aussage des Weltagrарberichts von 2008 gemahnt, der sagt, ein Weiter-so ist keine Option – bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft ernährt die Welt. Um dieses Denkmal zu erschaffen, wird im Rahmen der Demonstration am 21. Januar 2012 vor dem Reichstag die „Wir haben es satt“-Skulptur eingeweiht. Bei dem Kunstwerk handelt es sich um einen Teller und eine Gabel als Zeichen für Ernährungssouveränität, nach dem die In-sierr durch einen Schornstein geschaffen wurde die schwere Skulptur von Künstler Steffi Augsberger bei ihrem Weg nach Berlin wird die Skulptur auf Tour in München, Stuttgart, Frankfurt, Kasel, Hannover und Braunschweig Halt machen.



Nähere Informationen siehe: www.meine-landwirtschaft.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel.: 04482/660; steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, info@agraruendnis.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039
 Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474,
 Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304;
 e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;
 abllaggaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel
 Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,
 0175-72 550 12, armin.hartleitner@zierheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel.: 01511-1201634; mail: eckhardt.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

DEMO SA. 21.1.2012

Start 11 Uhr 30 Berlin Hauptbahnhof - Abschluss: vor dem Reichstag



© 2012 ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Hamm

bunabhängige bauernstimme: fährt nach Berlin

01/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse	Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers
_____	_____
Name, Vorname	Name, Vorname
_____	_____
Straße	Straße
_____	_____
PLZ, Ort	PLZ, Ort
_____	_____
evtl. Telefon für Rückfragen	evtl. Telefon für Rückfragen
_____	_____

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221